

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeitspalte oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die Arbeitslosenversicherung.

* Leipzig, 4. September.

I.

Die letzten Jahre haben in Deutschland wie in einigen anderen Staaten die Frage der Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung gestellt. Praktisch zuerst durch eine Reihe von Gewerkschaften angefaßt, wurde sie bald zum Gegenstand diebändiger professoraler Untersuchungen, dann zum Gebiet mannigfaltiger sozialer Experimente, die jüngste Krise hat sie wie eine Brandfadel mitten in die parlamentarische Arena geschleudert, und nun soll sie offiziell von der Sozialdemokratie formuliert und in ihr praktisches Reformprogramm aufgenommen werden.

Wohnen wir hier etwa einem Umschwung in den Beziehungen der Arbeiterklasse zum Staate, in der Stellung der Sozialdemokratie zur Gegenwartsarbeit bei? Versuchen wir etwa hier, wie einige befürchten, schwärende Wunden des Kapitalismus mit harmlosen Pflästerchen zu kurieren, oder fangen wir an, wie andere hoffen, an die Heilbarkeit der kapitalistischen Krebschäden zu glauben?

Es gehört ein gründliches Mißverständnis über das Wesen des Problems dazu, um die eine oder die andere Frage zu bejahen.

Seit Marx die geniale wissenschaftliche Entdeckung gemacht hat, daß die industrielle Reservearmee, d. h. mit anderen Worten die Arbeitslosigkeit, gleichzeitig mit dem kapitalistischen Reichtum wächst und das Wachstum der Arbeitslosigkeit das Grundgesetz der heutigen Wirtschaftsordnung ist, hat diese vom praktischen Leben tagtäglich bestätigte Erkenntnis in dem Bewußtsein breiter Schichten des Proletariats feste Wurzeln geschlagen. Die unerschütterliche Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, die industrielle Reservearmee im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft abzuschaffen, hat auch zweifellos ihre Rolle bei dem Widerstreben gespielt, in dem die deutschen Gewerkschaften sich erst nach und nach mit der Idee der Arbeitslosenversicherung befreundet haben.

Was ändert nun an diesem Thatbestand ein beliebiges System der Arbeitslosenversicherung? Sie hat und kann offenbar nichts anderes zum Zwecke haben, als dem von der geänderten Konjunktur, von dem Saisonwechsel aufs Pflaster gelegten Arbeiter Mittel zu verschaffen, damit er bis zur Wiederkehr einer für ihn günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt dem Elend entgeht. Wird aber dadurch irgendwie die Arbeitslosigkeit selbst als gesellschaftliche Erscheinung beseitigt? Die

Funktion der industriellen Reservearmee im Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft besteht vor allem in der ständigen, unbeschränkten Vorrathaltung an disponiblen, „freien“ Arbeitskräften für jede zufällige, plötzliche Erweiterung der Produktion. Diese Funktion wird durch die Arbeitslosenversicherung nicht im mindesten beeinträchtigt. Der seiner Beschäftigung verlustige Arbeiter bleibt, trotzdem er eine Unterstützung bekommt, die „freie“ disponible Kraft, die auf das Kommando des Kapitals wartet. Der halbwegs satte Arbeitslose bleibt doch noch arbeitslos, wenn er auch nicht Hungers stirbt.

Freilich ist jede Arbeitslosenversicherung naturgemäß mit einem Arbeitsnachweis verbunden. Allein, so lange wir nicht annehmen können, daß die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung auf einem bloßen Mißverständnis, auf einem Vermittlungsmangel zwischen arbeitensuchenden Unternehmern und beschäftigungslosen Arbeitern beruht, so lange ist es klar, daß der beste Arbeitsnachweis lediglich die Ergreifung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten beschleunigen und erleichtern, nicht aber nichtvorhandene Verwendung für überzählige Arbeitermassen aus dem Boden stampfen kann. Die Unterstützung dieser Ueberzähligen bleibt aber gerade der Hauptzweck der Arbeitslosenversicherung. Im Interesse des Kapitalismus liegt es, daß er disponible Arbeiter stets bei der Hand hat, nicht aber, daß diese disponiblen Arbeiter Hungers sterben. Und wenn deshalb Maßregeln getroffen werden, um den Reserven der Arbeiterschaft auf diesem oder jenem Wege Existenzmittel zu verschaffen, so wird dadurch im Grunde genommen nicht die Arbeitslosigkeit, als gesellschaftliche Erscheinung, sondern lediglich ihre individuellen Folgen für den Arbeiter, das Elend, die Verzweiflung und ihre mannigfaltigen Ueßerungen bekämpft. Schon aus diesem Grunde kann die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung nicht ein Beweis gegen unsere hergebrachte wissenschaftlich erwiesene Auffassung von der Unheilbarkeit der Arbeitslosigkeit auf dem Boden der heutigen Gesellschaft sein.

Ganz umgekehrt. Gelingt es uns, eine öffentliche Arbeitslosenversicherung in dieser oder jener Form durchzuführen, so wird sie nichts anderes bedeuten, als eine offizielle Anerkennung der Arbeitslosigkeit durch den heutigen Staat als einer ständigen gesellschaftlichen Einrichtung, nichts anderes, als die offizielle Erklärung der bürgerlichen Gesellschaft, sie sei nicht im stande, allen ihren Proletariern Arbeit zu verschaffen und sei deshalb gezwungen, ständig einen großen Teil des Pro-

letariats aus öffentlichen Mitteln zu erhalten, nichts anderes, als das offizielle Geständnis des Kapitalismus, daß die massenhafte Arbeitslosigkeit, daß die industrielle Reservearmee eine Existenzbedingung für ihn ist und nur mit ihm zusammen abgeschafft werden kann.

Nicht genug. Die öffentliche Arbeitslosenversicherung legt noch eine andere wichtige Erkenntnis bloß. Unsere „wissenschaftlichen“ Apologeten des Kapitalismus sowie auch manche Schwärmer für die „wirtschaftliche Demokratie“ unter den Arbeitern hören es gewöhnlich mit großem Unwillen, wenn man Parallelen zwischen dem heutigen Lohnsystem und der Sklaverei zieht. In der That! Haben wir jetzt nicht den „freien Arbeitsvertrag“, die zweifellose individuelle Freiheit des Arbeiters? Allerdings, aber hier wie in allen Verhältnissen der kapitalistischen Wirtschaft tritt der wahre Kern des Verhältnisses erst zu Tage, wenn wir von seiner individuellen Erscheinungsform zur gesellschaftlichen unseren Blick wenden.

Die Lage des heutigen Einzelproletariats erscheint uns ganz anders als die des antiken Sklaven. Während dieser als unfreie Arbeitskraft gleich dem Arbeitsvieh das Eigentum, das Zubehör der Wirtschaft war, ist der einzelne Proletarier nur durch seinen Arbeitsvertrag an den Kapitalisten gebunden. Während deshalb der antike Sklavenhalter für seinen Sklaven auch außerhalb des Arbeitsprozesses, wie für sein übriges Inventar, sorgen mußte, entschlägt sich der heutige Kapitalist mit dem Ablauf des Arbeitsvertrages jeder Sorge für den Proletarier. Wenn aber für den Einzelkapitalisten der Arbeiter außerhalb des Arbeitsprozesses Luft ist, so hört für die kapitalistische Gesellschaft die soziale Funktion des Proletariats mit dem Arbeitsprozeß nicht auf. Das nicht arbeitende Proletariat, die industrielle Reservearmee, erfüllt für sie eine ebenso notwendige Funktion, wie das arbeitende. Wenn deshalb der Einzelkapitalist die Arbeitskraft achtlos wegschleudert, hat die Kapitalistenklasse als solche ein Interesse daran, daß diese wegschleuderte Arbeitskraft für den künftigen Gebrauch erhalten bleibt. Und wenn der Einzelkapitalist die Arbeitsbedingungen dermaßen herabdrückt, daß der Einzelproletarier außerhalb der Dauer des Arbeitsvertrages in den Pauperismus versinkt, so muß die kapitalistische Gesellschaft im Interesse aller Kapitalisten zusammen die Sorge für die Erhaltung der jeweilig brachliegenden Arbeitskraft in brauchbarem Zustand übernehmen.

So reproduziert sich in dem Verhältnis der Arbeiterklasse im ganzen zum kapitalistischen Staate genau das wirtschaftliche Verhältnis des Sklaven zur antiken Naturalwirtschaft, ein Verhältnis, das im einzelnen Ar-

Seuilleton.

Das tägliche Brot.

Roman von Klara Wiedig.

„Du, du, Heinz“, sagte nun die Mutter und kam näher. „Se hat einmal was geschickt.“

„Halt Dein Maul“, fuhr ihr Mann sie an. „Is das Gelumpe der Rede wert? Schickt mer dafür 's Mädels nach Berlin? Andere thun ganz andersch heeme schicken.“ Und mit dem Ton, den Mine schon als Kind gefürchtet, wandte er sich wieder gegen sie: „Was willst?“

Sie wurde rot und blaß und stotterte.

„Na, was bringste, na?“ Er sah sie finster an, und dann blieb sein Blick auf Fridrichen haften.

Gott sei Lob, nun würde er freundlicher werden! Sie hob Fridrichen und hielt sie ihm hin, als wollte sie sagen: „Da sieh, bewundere num mal!“

„Was soll der Balg?“ brummte Heinz, und dann schlug er mit der Faust auf den Tisch, daß die Brotkrumen wie Staub in die Höhe flogen.

Mine stockte der Atem, sie hatte Todesangst, aber heraus mußte es, heraus! Darum war sie ja hergekommen. Sie räusperte sich, um ihre Stimme klar zu machen, und dann sagte sie doch noch heiser: „'s geht in Berlin nich mit der Fridrichen. Da hat se's gar zu schlecht. De Mutter würd nich viel Arbeit dervon haben. Gelle, Emma, Du wirst ihr schon verdancken? Hab Der ja ooch so viel ufgepaßt. Un so teuer is 's in Berlin!“

„Wer haben hier ooch nischte ummesonst.“

„Ja ja, das weech ich“, sagte Mine rasch. „Aber de

gutte Luft kost doch nischte, un de Milch ooch nischte. Ihr habt zwei Küh — ich hab Euch doch zu der neuen zugegeben. Un da dacht ich — wenn Ihr — daß Ihr — ich will Euch ja gerne noch was dervon geben — so viel ich kann — alle Monat!“ Sie sah den Vater erwartungsvoll an.

Der blieb stumm.

„Mit der Zeit krieg ich ooch mehr Lohn, Ihr sollt sehen. Jetzt hab ich ja nur fuszig!“

„Das is ju nich wahr. Wirst schon mehr kriegen!“ Fest legte der Alte wieder die Faust auf den Tisch, und die Geschwister tuschelten.

„Ju, ju, so wahr ich leb, bei Mühlners nur fuszig! Die haben selber nicht viel.“

„Schaffsgesichte! Was gehste in so'n Dienst?“ schrie der Vater, und die Hornesröte auf seiner Stirn stieg. „In Berlin sein so viel reiche Leute, was gehste zu so'n Bettelvolk, wo nich einmal was abfällt?“

Mine ließ den Kopf hängen. „Ich war froh, daß ich den Blah gekriegt hab. 's sein gutte Leute.“

„Gutte Leute — gutte Leute — en Schandlohn! Erzieht man davor seine Kinder?! Du dämliches Luder! Da sein de anderen Mädels gewickter; siebzig, achtzig, neunzig Thaler haben die! Die kommen zurück wie die Damens, un die Eltern haben ooch noch was dervon. Was hat der Fidlern ihre Berthe for'n Glücke gemacht!“

„Ju, ju, fiel die Mutter lebhaft ein, „das blaue Kleid haste ju hier schon gehatt. Aber de Bertha, das muß wahr sein! Un war so'n armseliges Mädels, das keenen Kartoffelsack nich uf den Buckel heben konnt. Un Du mit Deine starken Knochen! Mer mücht sich schämen. Wie ich mer ärger, wenn ich de Fidlern Sonntags in der Kirche seh! Mit'n gestreiften Umschlageruch — goldgelbe

Streifen sein drein — un mit'n seidenen Follangunterrock. Dann hebt se sich uf, bis wer weiß, wohin. Den hat mer mein Berthchen geschickt. Berthchen dies und Berthchen das! Da haben de Leute was zu liden; un unserens steht derbei! O Jeses!“ Sie stieß einen Seufzer aus.

Auch Mine seufzte. Sie hatte ja nichts zu verschicken. Eine ängstliche Unruhe überfiel sie. Ueberall Blicke, die ihren fliehenden Blicken, ohne Teilnahme, nur mit Neugier, begegneten.

Sie sah Cilla an. Das große, üppige Mädchen stand mit hängender Lippe, wie ein verbrießliches Kind. „Was is meine Schürz?“ maulte sie. „Haste mer nich eene versprochen? Un was allens noch! Wenn eener da druf wart, kann er schwarz wer'n. Wär ich man nach Berlin, ich hätt mer andersch rausgemacht!“

„Was haste mer mitgebracht“, sagte plötzlich Emma und zog die Schwester am Ärmel.

„Un mir?“ rief Heinrich.

Mine senkte den Kopf immer tiefer, so schämte sie sich. Nichts, gar nichts hatte sie mitgebracht; nicht einmal den Kindern etwas für ein paar Pfennige!

„Lach mer, Emmchen“, flüsterte sie, „jetzt hab ich nischte, aber ich schick Der was!“

Das Kind lächelte ungläubig.

„Lach Der nischte weiß machen“, sagte Cilla hart; „die schickt doch nischte.“

Heinrich und Emma fingen an zu heulen. Max lachte laut auf.

„Stille“, donnerte der Vater. „Un jetz sag, was De willst, Mine — kurz raus! Ihr andern halt's Maul!“

(Fortsetzung folgt.)

beitsvertrag des Arbeiters mit dem Kapitalisten durchbrochen wird. Und der offizielle Ausdruck dieser Wiederherstellung auf gesellschaftlich-kapitalistischer Grundlage der wirtschaftlichen Seite des antiken Sklavenverhältnisses ist die öffentliche Arbeitslosenversicherung.

Auch an diesem Inhalt der Arbeitslosenversicherung ändert nichts der mit ihr verbundene Arbeitsnachweis sowie die sogenannten öffentlichen Notstandsarbeiten. Im Gegenteil. Hier wird nur die Degradation der Arbeitskraft in ihrer gesellschaftlichen Massenerscheinung zur Lage der Sklaverei unterschrieben. Denn hat der Kapitalismus durch die Arbeitsteilung für jeden einzelnen Proletarier die Spezialisierung erst bis zum äußersten, bis zur Verküppelung des Arbeiters getrieben, so verfügt er nachher über die brachliegende, reservierte Arbeitskraft ohne jede Rücksicht auf die Spezialisierung, die Vorbildung, die Fähigkeiten, die individuellen Neigungen, weist ihr jede beliebige Arbeit „für die Gesellschaft“ zu, schaltet und waltet mit ihr als mit der nackten, unterschiedslosen, nichtindividuellen Arbeitskraft im Dienste der kapitalistischen Gesellschaft, wie es der antike Sklave stets im Dienste seines Herrn war.

Die öffentliche Arbeitslosenversicherung steht mit einem Wort, die heute auf der Tagesordnung steht, ist nichts anderes, als die glänzende offizielle Bestätigung der Worte des kommunistischen Manifestes: Die kapitalistische Klasse „ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabzusenken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“

Weit entfernt somit, ein Versuch der sozialen Kurpfuscherei oder ein gefährlicher Köder für die Arbeiterklasse zu sein, ist die öffentliche Arbeitslosenversicherung ihrem Ideengehalt, der in ihr enthaltenen sozialen Erkenntnis nach, die revolutionärste aller bisherigen Sozialreformen. Und die Tatsache, daß sie zur Tagesfrage seit einiger Zeit geworden ist, birgt schon an sich für die berufsmäßigen Zweifler an dem wissenschaftlichen Sozialismus eine handgreifliche Lehre.

Sie zeigt, daß nachdem man bereits die Krisentheorie begraben hat, die Arbeitslosigkeit als ständige Erscheinung allgemein anerkannt wird, daß nachdem man bereits in den Unternehmerverbänden und dergleichen naturwüchsigen kapitalistischen Gebilden ein rettendes Mittel gegen die kapitalistische Anarchie erblickt hat, öffentliche Maßnahmen gegen die unabwendbaren Folgen dieser Anarchie unvermeidlich werden, daß endlich, nachdem rühmliche Sozialisten in kritischem Drange die von Marx konstatierte Verelendung der Arbeiterklasse als eine Tendenz der heutigen Wirtschaft aus sozialistischen Programmen herausrevidiert haben, der kapitalistische Staat sich anschickt, dieser Tendenz offiziellen Stempel aufzudrücken.

Politische Hebersticht.

Byzantinischer Karneval.

Die Berichte über die sogenannten Kaiserlage in Posen wirbeln die Grundstuppe des in der bürgerlichen Welt herrschenden Byzantinismus auf. Sollte gestern der Oberbürgermeister Witting das Wort, so hat es heute kein Löcherchen, das der Kaiserin einen Rosenstrauch mit den vielleicht von Onkel Sarden gedichteten Versen überreichte:

Gott grüß Dich, hohe Kaiserin!
So sprechen diese Polen.
Gott segne unsre Kaiserin!
So jubelt's heut in Posen.

Ueber diese erhabene Leistung deutscher Poesie brach „tausendstimmiges Durra der alle Wege dicht besetzt haltenden Bevölkerung“ aus; es war „ein geschichtlicher Augenblick“, wie das Berliner Tageblatt erschütterter schreibt.

Natürlich wird auch die kaiserliche Redewendung von den besseren und menschenwürdigeren Wohnungen, die durch die Aufhebung des Posener Rathengesetzes für die ärmere Bevölkerung ermöglicht werden sollten, von der gut gestimmten Presse in ihrem demagogischen Interesse fruktifiziert. Die Nationalzeitung orakelt, daß die Posener Kaiserfrage „einfach und bestimmt“ mit einer „That“ eingeleitet worden seien, die „sich ganz in dem Geiste der kulturellen Fürsorgepolitik bewege“. Nur wer die Wallachei kenne, diesen „Schandfleck aus den Städtebildern der Warthe“, wer sie mit eigenen Augen gesehen, um schließlich „mit einem aus Eitel und Mitleid gemischten Gefühl“ aus ihr zu entstehen, könne sich einen zutreffenden Begriff von jener That preussischer Sozialreform machen. Für die Kenner der Ostmarken sei die Wallachei kein leeres Wort, sie sei die Verblüffung eines Systems, ein von Schmutz und Elend starrendes Zeugnis der alten „polnischen Wirtschaft“.

Man kann dies Geschwafel nur mit Eitel und, wenn auch nicht Mitleid, so doch Verachtung lesen. Es giebt in den „Ostmarken“ tausend und abertausend Wallacheien, sowohl auf den Latifundien des Junktums und ganz besonders auch auf den Domänen, als in den proletarischen Vierteln der ostpreussischen Industriestädte. In der Produktion von Wallacheien ist die neupreussische Wirtschaft in ihren agrarischen wie in ihren kapitalistischen Formen der altpolnischen Wirtschaft vollkommen ebenbürtig. Wenn der Kaiser durch die Beseitigung der Posener Wälle die Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klasse zu verbessern hofft, so befindet er sich in einem Irrtum, für den seine verfassungsmäßigen Berater verantwortlich sind, aber wenn ein mit allen kapitalistischen Wassern so gewaschenes Blatt, wie die Nationalzeitung ist, diesen Irrtum ausbeutet, um von „kultureller Fürsorgepolitik“ zu sprechen, so ist das bewußter Schund.

Ein Blick wenigstens, daß ein gellender Pfiff durch diesen byzantinischen Karneval tönt. Die Ostdeutsche Rundschau, das Organ der österreichischen Altpolen, schreibt lakonisch: „In Ostpreußen ruft der feudale Standesherr polnische Horden zur Verstellung der Acker, während Wilhelm der Deutsche seine gutgestimmten Bürger zum Kampfe gegen die polnische Gefahr aufweckt.“ Das kann die Kreuzzeitung nicht leugnen, aber sie dreht flugs den Pfieß um und sagt, davon seien die bösen industriellen Schuld. Die Gesamtziffer der polnischen Bevölkerung

in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk belaufen sich auf mindestens 350000 Köpfe. Diese dem Osten entzogene polnische Arbeiterkraft müsse durch neuen Zugang aus Russisch-Polen ersetzt werden. Dabei trieben die rheinischen Industriellen bei ihrem Egoismus die sehr kurzfristige Politik, die polnischen Arbeiter von der deutschen Bevölkerung getrennt zu halten, sie in eigenen Kolonien zusammenzusperrn, ihnen ihre Muttersprache zu verleiden und sie sonst zu plagen. Daß die rheinischen Industriellen damit nur das glorreiche Vorbild des preussischen Junktums und der preussischen Bureaucratie nachahmen, verschweigt die Kreuzzeitung schamhaft.

Aber wenn die Heuchler sich täuschen, so kommt die Wahrheit an den Tag. Der wesenlose Pomp, der gegenwärtig in Posen entfaltet wird, um zu „germanisieren“, spielt sich auf dem Hintergrunde der historischen Tatsache ab, daß die kapitalistische Wirtschaft und die preussische Gendarmenpolitik in holdem Verein vielmehr Deutschland polonisieren, bis in die uralgermanischen Gegenden am Rhein und in Westfalen hinein.

Eine nationale Plünderung.

Ueber die serbenfeindlichen Kundgebungen in Ugram schreibt unser p. h.-Korrespondent aus Wien vom 2. September: Der alte Haß zwischen Serben und Kroaten, diesen engverwandten, nur durch ihre Religionsbekenntnis — die Kroaten sind römisch-katholisch, die Serben griechisch-katholisch — getrennten Volkstämmen hat wieder einen fener Exzesse gezeitigt, an denen die politische Geschichte Oesterreichs in den letzten Jahren nicht arm ist. Soweit die Berichte bis jetzt vorliegen, lassen sich die Vorgänge, die sich in Ugram, der Hauptstadt Kroatens, gestern und vorgestern abgespielt haben, zwar nicht ihrer Ausbreitung und ihrem Umfang, aber ihrem Charakter nach vollständig mit den verhängten Szenen vergleichen, die sich Ende November 1897 in Prag bei dem Sturze Bodenis abspielten. Beide Stämme haben ihre mächtigen Protektoren: die Kroaten die österreichische Regierung, die Serben ihre Stammesgenossen in Serbien und Montenegro. Die Serben sind über die Bevorzugung alles katholisch-kroatischen, namentlich in der Verwaltung Bosniens, erbittert, während ihnen von den Kroaten immer wieder der Vorwurf des Hochverrates gemacht wird. Nun übernahm dieser Tage das Organ der Ugramer Serben einen kroatenfeindlichen Artikel aus einem Belgrader Blatt. Damit war der Teufel los. Wir sehen dieselbe Entwicklung der Dinge wie in Prag. Zuerst kleine Straßenaufläufe, vereinzelte Fensteranschläge, Plündern von kleinen Geschäften (natürlich serbischen, so wie damals in Prag deutschen) in der Vorstadt. Die Polizei kann nicht allgegenwärtig sein, das Militär ist beinahe vollständig auf Wanderschaft. In der Nacht ging dann der eigentliche Hexensabbat los. Plünderungen, schändliche Verwüsthungen von Brandlegungen, alles organisiert und unter der Leitung von Personen der „besseren“ Stände. Die radikalnationalen Macher, die heimlich die Fäden in der Hand haben, wirken der Offenlichkeit gegenüber beruhigend. Für die Verlichthverhandlungen müssen dann die armen Teufel herhalten, die erwischt werden.

Gegenwärtig ist die Ruhe wieder hergestellt. Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die öffentliche Gewalt nicht mit der Energie eingeschritten ist, die sie in Kroatien gegen unsere Genossen immer in der willkürlichsten und gewaltthätigsten Weise auswendet. Zur Verbesserung der österreichisch-ungarischen Balkanstellung werden diese Vorgänge jedenfalls nicht beitragen, um so weniger, als die magyarischen Machthaber sich gerade in der letzten Zeit wieder unglückliche politische Verlegungen der im Monate lebenden, wirtschaftlich äußerst tüchtigen serbischen Bevölkerung zu schulden kommen lassen.

Deutsches Reich.

Bürgerliche Demokratie.

Ueber Hof und Bürgertum leitartikel die Frankfurter Zeitung zwei Spalten lang in höchst ergötzlicher Weise. Anknüpfend an die Begrüßung des Königs von Italien durch die Berliner Stadtväter schreibt sie:

Die Vertreter der stolzen Reichshauptstadt spielen bei diesem, ihnen allmählich vertraut gewordenen Akte, ehrlich gefassten, eine recht traurige Rolle. Der Fraß, der Eplinder und die weiße Binde, vielfach die Muster älterer Moden, wirken, selbst wenn sie mit Orden und goldenen Stabketten ausgespielt sind, und wenn ihre Träger sonst das Zeug dazu hätten, unter Gottes freiem Himmel bei Sonnenbrand oder wechselndem Wetter wahrhaftig recht betorralto. Stundenlanges Warten auf freiem Platze ist auch keine angenehme Situation, und wenn dann der Zug naht, die imposanten Panzerreiter, die prächtigen vier-spännigen Wagen mit perückten und betretenen Jockeys und Lakaien, dann nehmen sich die herkömmlich herantretenden Väter der Stadt, um es milde zu sagen, doch etwas zu bescheiden aus. Wer zu Pferde reitet in glänzender Uniform, sei es auch nur ein Voltgepräbent, ein General oder Flügeladjutant, oder wer im Wagen sitzt, hat immer ein äußeres — und aus Keuchern kommt es bei dieser Gelegenheit ja nur an — Uebergewicht über den schwarzbebrackten Mann, der mit dem Hute in der Hand daselbst und den einziehenden Gast mit einer mehr oder weniger schwingenden Ansprache begrüßt, von der dieser nach dem Maße seiner Sprachkenntnis und den nach Wetter und Umgebung nicht immer günstigen akustischen Verhältnissen mehr oder weniger versteht.

Man sollte nun meinen, das Hauptorgan der bürgerlichen Demokratie werde daraus die Schlussfolgerung ziehen, entweder daß die Vertreter bei solchen höfischen Paraden strücken oder wenigstens beritten gemacht würden. Aber die Frankfurter Zeitung verwirft die „politische Verbissenheit“ eines solchen Streikes, und auch die Idee, Herrn Kirchner die Vorrechte eines betretenen Jockeys einzuräumen und ihn auf einen feurigen Araberhengst zu setzen, stimmt sie bedenklich. Sie ist bescheidener und sagt:

Nein, es geht auch im modernen Bürgergewande, aber etwas würdiger und repräsentativer ließe es sich, wenn diese alte Form der Begrüßung da draußen vor dem Thore durchaus ins zwanzigste Jahrhundert gerettet werden muß, wirklich schon machen! Es würde das keine zu hohe Aufgabe für Architekten und Dekorateur sein, und es läge schon etwas besser aus, wenn die Herren Stadtväter von einem geschmackvollen Pavillon aus erst einige Stufen würdig herabstiegen und dann erst an den Wagen träten, als daß sie jetzt stundenlang auf dem Pflaster warten.

Mit alledem ist das schwere Herz der Frankfurterin aber noch nicht entladen. Sie fährt fort:

Das ist Keucherei. Wichtiger ist schon, daß mit dieser Scene vor dem Thore die Verührung des fremden Gastes mit den Vertretern der Bürgerschaft beendet ist. Er sieht sie nur an seinem Wagenschlag und allenfalls kann er bei der Gela-Ober, wenn er sich erkundigt, wer denn im Parkett unter all den Uniformen die paar Herren im Fraß seien, erfahren, daß einer davon der Bürgermeister ist. Bei den Festlichkeiten, die der Kaiser seinem Gaste giebt, sind wieder nur Militär, Prinzen, Prinzeßinnen, staatliche

Würdenträger. Kein Repräsentant der Stadt, kein Vertreter des hohen Ganges von Arbeit und Wissen, von dem der König sprach. Es fällt schon beinahe auf und ist als ein Zeichen seines Laizes des jetzigen Reichskanzlers anzusehen, daß bei dem Festmahle, welches dieser dem italienischen Minister Brinetti gab, unter den Militärs, Hofleuten und Diplomaten als einziger Nichtbeamteter sich der Oberbürgermeister Kirchner befand. Gesellschaftlich läßt Graf Bälow nichts zu wünschen übrig.

Na also! Wozu dann aber die lange Vitanei? Oder hat der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung den verletzten Ehrgeiz, aus dem Antichambre des Grafen Bälow in dessen Salon vorzudringen?

* Berlin, 4. September. Auf Anordnung des preussischen Justizministers haben die Justizbehörden ihren gesamten Bedarf an Briefumschlägen aus dem Strafgefängnis in Tegel zu beziehen. Alle Verträge mit den bisherigen Lieferanten mußten gelöst werden; die geschädigten Papierfabriken richteten an den Justizminister eine Eingabe in dieser Angelegenheit. Ihre Beschwerde wurde jedoch vom Minister zurückgewiesen.

Erst das Schwein, dann der Mensch. Mit erschreckender Offenherzigkeit hat der preussische Landwirtschaftsminister v. Bobbick eine Bittschrift der städtischen Körperchaften von Königsberg, in der man allwöchentlich die russische Grenze für 1000 Schweine geöffnet haben wollte, beantwortet:

Die Preise für lebende Schweine sind zwar in ganz Deutschland aus den verschiedensten Gründen gestiegen, ich vermag aber nicht anzuerkennen, daß dadurch eine derartige Beeinträchtigung des Nahrungsstandes der hauptsächlich auf den Genuß von Schweinefleisch angewiesenen Bevölkerungslagen herbeigeführt worden ist, daß vor der Befriedigung dieses Bedürfnisses die Sorge für die Gefundhaltung der heimischen Viehbestände zurücktreten müßte. In den letzten Monaten sind die Schweinepreise auch bereits erheblich heruntergegangen, es ist zu erwarten, daß sie infolge der vermehrten Schweinehaltung in nicht ferner Zeit wieder einen normalen Stand erreichen werden. Es muß jedenfalls der Versuch gemacht werden, auf diesem Wege den Mangel an Schweinefleisch abzumildern, ehe der nur unter Mitwirkung wichtiger Interessen der deutschen Landwirtschaft möglichen Zulassung von Schweinen aus Rußland näher getreten werden kann.

Diese Antwort stammt vom 1. Juli. Was ist seitdem geschehen? In „nicht ferner“ Zeit sind die Preise noch bedeutend gestiegen und sie werden weiter steigen. Der Schuß der agrarischen Schweine vor Erkrankung ist eben bei weitem wichtiger, als der Schutz der Bevölkerung, bei der der Mangel an billigem gutem Fleisch und der Konsum minderwertiger Nahrung geradezu Krankheiten hervorruft. So wurde vor wenigen Tagen aus Erfurt gemeldet: Die hier herrschende Fleischnot und enorme Fleischsteuerung haben auch schon dahin getrieben, daß Fleisch zum Verkauf und Verbrauch kommt, das Wassererkrankungen erregt hat. Vor allem bei Arbeitern sind Erkrankungserscheinungen aufgetreten.

Die Kommunalbehörden bombardieren die Regierung mit Petitionen, die aber an ihrer eisernen Brust wirkungslos abprallen werden. In Frankfurt a. M. beschloß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. September fast einstimmig, der Reichs- und Staatsregierung vorzuschlagen, dem Mangel an Schlachtvieh und der allgemeinen Fleischverknappung entgegenzuwirken. — Der Würzburger Stadtmagistrat beschloß, gemeinsam mit den fünf größten bayerischen Städten eine Petition an das Staatsministerium um Öffnung der Grenze für Schlachtvieh zu richten. Es wurde dabei konstatiert, daß in Würzburg der Konsum von bestem Fleische stark abgenommen habe, während der von minderwertigem ein wenig gestiegen sei. Allein im ersten Halbjahr 1902 sind im Würzburger städtischen Schlachthof 8000 Schweine weniger geschlachtet worden als im vorigen Jahre. — In Mülhausen i. E. nahm der Gemeinderat einen sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Fleischcivis an. — Auch die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat einen Dringlichkeitsantrag wegen der Fleischsteuerung eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinsam schnellste Schritte zu unternehmen, den Bundesrat zu veranlassen, die Absperrung der Grenzen gegen die Vieheinfuhr aufzuheben, um die die Volkswohlfahrt schwer schädigende Fleischverknappung einzuschränken.

Wie sehr selbst in agrarischen Kreisen angefaßt die fortwährenden Erhöhung der Fleischpreise die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Aufhebung der holländischen Viehverwe an sich greift, beweist eine Zufahrt aus landwirtschaftlichen Kreisen an die Niederrheinische Volkszeitung in Preßfeld, welche als einziges Mittel gegen die Fleischsteuerung die Öffnung der holländischen Grenze für Schlachtvieh empfiehlt, nachdem in den hiesigen Distrikten die Maul- und Klauenseuche wohl vollständig erloschen sei. Durch eine möglichst scharfe Kontrolle an der Grenze könnte außerdem die Einschleppung der Seuche verhindert werden, während gewiß auch den holländischen Produzenten davon gelegen sei, nur gute Ware zu liefern, weil sie sich sonst ruinieren würden. Schon vor längerer Zeit habe ein Bürgermeister, der im Rheinischen Bauernverein hervorgerufen tätig sei, sich dahin geäußert, er könne nicht begreifen, wie die Verwaltungsmaßregel gegen ein befreundetes Land noch aufrecht erhalten werden könne, da Holland Schlachtvieh im Uebermaße habe und bei uns ein solch unerhörter Mangel herrsche!

Neue Bestimmungen über die Zweikampfreisen hat der letzte Delegiertentag der deutschen Burschenschaft, welcher bei Gelegenheit der Enthüllung des Burschenschaftsdenkmals in Eisenach abgehalten wurde, angenommen. Sie werden merkwürdigerweise erst jetzt burschenschafts-offiziell in die Öffentlichkeit gebracht und können wieder als ein neues, hochvolles Beispiel dafür betrachtet werden, wie diese künftigen Staatsstipendien die Besetze respektieren. Diese neu bearbeitete „Ordnung tritt am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft und ist bindend für sämtliche Burschenschaften der deutschen Studentenschaft. In ihr wird nun endgültig entschieden, daß die Neugestaltung der schwersten Säbelmensur, d. h. derjenigen bis zur Kampfunfähigkeit, im Stande sei, für jeden bier- und pankreischen Burschenschaftler „loyalerweise“ selbst bei den schwersten Verletzungen die Pistolenmensur zu — erlegen. Das soll augenscheinlich so eine Art Fortschritt sein. Das Tollste aber ist der folgende Antrag, zu dem, wie es heißt, dieser Fortschritt „den Weg ebnete“; dieser Antrag, der unter Beifall angenommen wurde, lautet wörtlich:

Die deutsche Burschenschaft wolle ersuchen, eine einheitliche Bewegung der Satisfaktion gebenden und nehmenden deutschen Studentenschaft zu veranlassen, welche den Zweck haben soll, eine Adresse an das deutsche Offiziercorps bezw. den preussischen Kriegsminister oder an sämtliche Kriegsmintler der einzelnen Bundesstaaten zu richten, des Inhalts, daß bei Streitigkeiten zwischen Offizieren und Studenten bezw. ehemaligen Studenten auch von Seiten des Offiziercorps der Adel

als genügende Sühne für Verletzung anerkannt wird, die Pistole...

Die Tendenz dieses angenommenen Antrages bedarf keines...

a. Notwehr gegen Beamte. In dem bei Dortmund...

Soldaten als Versuchsanstehen. Man schreibt der...

Es wäre angezeigt, wenn die maßgebenden Behörden...

München, 3. September. Der ultramontane Bayerische...

Das sich die katholische Presse Deutschlands über das...

Kleine politische Nachrichten. Der Feldner Dimitisch...

Oesterreich-Ungarn.

Die Unruhen in Ugram.

Ugram, 3. September. Die Wut der Menge bei den...

Nach Mitternacht plünderten umherziehende Rotten die...

Gasse geschleppt. Der alte Mann wurde trotz seines Flehens...

In der Nacht zu heute verletzten die Exzessanten ihren...

In dem benachbarten Dorf Brabese haben ebenfalls Unruhen...

Ueber den Eindruck dieser Unruhen auf Serbien wird tele...

Neuesten Meldungen aus Ugram zufolge wurde am 3. Sept.

Rußland.

Vom Bauernschlächter Obolenski.

Das Register der Grausamkeiten des Gouverneurs...

Nordamerika.

Marinechauspiele für die Millionen.

Newport, 1. September. In Marinekreisen wird ein...

Die Zeitungen künden auf ihren Plakaten die von ihnen...

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die erste That. Der neue Kriegsminister Herr v. Hausen...

Der Ausschluß der Konsumvereine aus dem Ver...

bande der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften...

m. Dresden, 3. September.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am 27. Mai d. J. vor dem...

Dessau, 3. September.

Mehrere Städte Anhalts werden, nach einer Meldung von...

Siehe zwei Beilagen.

Wahlverein Leipzig-Stadt.

Dienstag den 9. September abends 1/9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in der Flora.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Das westliche Europa und Rußland und die Sozialdemokratie. Referent: Genosse E. Grenz. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen des Vorstandes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Turnverein L.-Kleinzschocher

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.



Die turnerischen Aufführungen finden während der Tanzpausen statt. Beginn punkt 9 Uhr.

Anfang des Balles 1/8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Freunde und Gönner des Vereins sowie der freien Turnische sind hiermit herzlich eingeladen. Einen genauen Abend verspricht

Sonnabend den 6. September

5jähriges Stiftungs-Fest

in sämtlichen Lokalitäten des Schloß Lindenfels in L.-Lindenau

bestehend in grossem Fest-Ball in 2 Sälen, turnerischen Aufführungen, sowie Tombola u. sonstigen Belustigungen.

Der Turnrat.

Programm 20 Pfg. -

Konsumverein Stötteritz.

Den Bewerber um die Lagerhalter hierdurch zur Nachricht, daß dieselbe besetzt ist. [7874] Der Vorstand.

Nähe Altenberger Str. Restaurant Quetsche Stötteritz, Straße 70.

Empfehle meiner geehrten Nachbarschaft, Freunden und Gönnern mein originelles Kneiplokal. Zum Ausschank gelangt Lagerbier aus der Brauerei F. A. Ulrich, echt Bayerisch u. Gose. Warme u. kalte Speisen zu jeder Zeit. Musikalische Unterhaltung. Aufmerksame Bedienung. Um gütigen Zuspruch bittet Edwin Fischer.

Waldmeister-Cigarette

von A. Tuma, Dresden

überall zu haben,

Engros-Versand, Leipzig, Grimmische Str. 31.

Seefische!

Jetzt beginnt wieder die Saison!

Wir erhalten täglich frische Zufuhr und verkaufen stets zum billigsten Tagespreise.

Seefische sollten in jedem Haushalt wenigstens einmal wöchentlich auf den Tisch gebracht werden, da dieselben einen sehr hohen Nährwert haben und in Anbetracht der hohen Fleischpreise ein billiges Nahrungsmittel sind.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ 25 Reichsstrasse 25.

Schuhwaren.

Auf dem Fleischerplatz Promenadenstraße

Bude 66

kaufen Sie Ihre Schuhwaren staunend billig. Bude 66. Bude 66.

Vertrauensstellung.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Buchhalter

der kaufmännisch gebildet und im Kassenswesen gründlich bewandert sein muss.

Schriftl. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an

Leipziger Buchdruckerei Aktien-Ges.

Steinetreiber Leipzigs u. Umg.

Freitag den 5. September abends 8 Uhr

Versammlung

im Saale zum Gofenthal, Dufourstraße 36.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Sommerfest. 2. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. D. V.

Achtung!

Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, Einzelmitglieder Leipzigs.

Freitag den 5. September 1902 abends 1/9 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Restaurant Zwei Linden, Karl Heine Str.

Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten vom Verbandstage. 2. Diskussion hierzu. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Maler und Lackierer!

Sonnabend den 6. September abends 9 Uhr

Öffentliche Versammlung

in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Wohnungsnot und Wohnungsreform. Referent: Redakteur Georg Schöpflin. 2. Die Fensterfrage. 3. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet Das Agitationskomitee.

Verband der Sattler

Sonnabend den 6. September 1902

Stiftungs-Fest

bestehend in Konzert, Vorträgen und Ball im Saale des Felsenkeller, Leipzig-Plagwitz.

Einlass 7 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr.

Programme à 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg., sind zu haben im Felsenkeller und in Stadt Gotha.

Konzert von der Leipziger Musiker-Vereinigung. Vorträge von den Leipziger Sängern (Kristallpalast).

Verein

Naturheilkunde

L.-West

Familien-Abend

im Goldenen Adler, Lindenau, Auguststr.

Eintritt und Tanz frei gegen Mitgliedskarte.

Sonntag den 14. September

Ausflug nach Schönau.

(Körners Gasthof.)

Abmarsch nachmittags 2 Uhr vom Schloß Lindenfels.

Der Vorstand.

Quersr. 24 Restaurant Wanderer (Inh.: Max Schröter)

empfehle seinen als vorzüglich anerkannten Mittagstisch inkl. Suppe 50 Pfg., ff. Lagerbier von G. W. Raumann, echt Bayer. Exportbier. Schöne rauchfreie Gasts- und Frühstückstube. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische Garküchlein sowie Sonnabends Schweinshoden. [7870]

Verantwortlicher Redakteur: August Büttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Kaufen Sie Ihre

Schuhwaren

nur bei

MaxTack

Reichsstrasse 33/35

neben dem Relohamagazin.

Früh-Kartoffeln

werden Freitag u. Sonnabend von früh 9 Uhr, nachm. von 8 Uhr sowie Sonntag früh von 1/7 Uhr ab in Großschöcher an der Friedstraße ausgegeben. Gust. Kolcho.

Kartoffel-Ausgabe.

Kunde weiße rauh-schälige Kartoffeln werden täglich (Sonntag von 1/11 Uhr an) ausgegeben an der Merseburger Straße über der zweiten Bahn. à Rute 1 Mart.

Rittergut Gundorf.

Kartoffel-Ausgabe.

In Lindenau, an der Merseburger Straße u. der Leipziger Eisenbahn, werden große weiße Speisekartoffeln, Rute 1 A, täglich ausgegeben. Laux.

Kartoffel-Ausgabe.

Große weiße und Auguster Salat-Kartoffeln jeden Tag von 1/9 Uhr ab am Tauscher Wege in L.-Gohlis.

Alwin Neumann.

Möckern, Fischhalle.

Freitag und Sonnabend

Schellfisch auf Eis.

Sülze, russ. Salat.

[7875]

Konkurs-Möbel-Verkauf

der

Thilo Dobischschen Konkursmasse.

Von jetzt ab kommen nebst anderen Möbeln, kompl. Ausstattungen im bisherigen Geschäftslokal Schönefeld, Leipziger Str. 89, zu festgesetzten Kassapreisen zum Verkauf. Transport frei. Gefasste Möbel können kostenlos gesehen bleiben.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I.

am Markt u. Rathaus.

Empfehle in reicher Auswahl allerfeinste Frühjahrs-Parfums, komplette Anzüge, alle Facons u. Welten. Eleg. Fracks u. Gesellschaftsanzüge, auch teilweise.

Vermischte Anzeigen.

Wer schnell eine Stellung in der Schweiz oder in Frankreich finden will, wende sich an die Agentur David in Genf. [6181]

50 Drainagen-Arbeiter

finden v. Montag ab Arbeit b. Drainagen-Unternehmer Geinich. Zu melden auf dem Arbeitsplan Bodelwitz bei Leipzig.

Schwarzblechklempner

als Monteur für Ventilations-Anlagen gesucht Paul Polbrich [7880]

Düsseldorf, Corneliusstr. 76.

Weitere alleinfindende Frau wird zu e. Rinde gef. Lind., Georgstr. 2, pt., Berger.

Extrablatt dieser Nummer:

Die Abonnenten von Stötteritz u. Umg. erhalten einen Prospekt der Firma C. T. Berger, Stötteritz.

Familienanzeigen.

Karl Richter zu s. Purzelstiege e. vierfach donnerndes Hoch. Hat einmal?

Gratuliere m. Kollegen Oskar Müller zu seinem heutigen Wiegensfest. S. W.

Uns. Kollegen D. Müller zum Wiegensfest die besten Wünsche. Die innere Stadt.

Uns. Kollegen D. Müller die besten Glückwünsche z. Geburtstag. Aus dem Süden.

Kurt's Wante lebe hoch und sein Feld webe hoch. Die Thongebirger.

Hrn. Ferd. Kurt ein dreifaches Hoch zum Geburtstag. Familie Müller.

Uns. lieb. Papa W. Hermannsdorf die best. Glückw. z. 38. Geburtstag. Seine Kolonne.

Wir wünschen uns. lieb. Papa J. Wiegens das allerbeste. Mama u. Ossi Segel.

Ich gratuliere mein. lieb. Vater Hrn. F. Wende zu s. heut. Geburtstag. Paul.

Wir grat. uns. lieb. Hermann z. 17. Geburtstag. Hoch lebe uns. Schreier. Fam. Rebert.

Dank.

Für die liebevolle Teilnahme sowie den reichen Blumenschmuck bei dem Begräbnis unseres lieben Sohnes Robert Kluge sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. [7888] Rob. Kluge u. Frau geb. Jäger.

Gestern verunglückte am Wasserturm Schönefeld unser langjähriger treuer Vereinsgenosse

Karl Hillner

im Alter von 45 1/2 Jahren.

Ein treues Andenken wird ihm bewahren

Der Arbeiter-Verein Stütz u. Umg. [7891]

Durch schweren Unglücksfall verschied gestern nachmittag mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Raure

August Betge

im Alter von 49 Jahren.

Dies zeigen hierdurch tiefbetrübt an

Frau Anna verw. Betge geb. Teichmann nebst Hinterbliebenen.

Beerbigung Sonnabend den 6. September nachmittags 1/4 Uhr vom Trauerhause, Reudnitz, Kapellenstraße 16, aus nach dem alten Reudnitzer Friedhofe.

Ein furchtbares Baumglück

hat sich gestern nachmittag in der fünften Stunde am Bau des für die Alt-Schönefelder Wasserleitung bestimmten Wasserturmes zugetragen. Der Turm ist bereits bis zur Höhe von etwa 25 Metern aufgeführt. Das im Innern des Turmes befindliche Gerüst, dessen Herstellung zweifellos eine mangelhafte gewesen sein muß und zu stark mit Baumaterialien belastet worden ist, brach zu der angegebenen Zeit plötzlich in sich zusammen und begrub unter sich alle Arbeiter, die unter und auf dem Gerüst arbeiteten.

Elf Arbeiter sind getötet, 14 Arbeiter sind schwer, eine kleinere Anzahl leicht verletzt.

Den Anblick eines furchterlichen Chaos bot die Unfallstelle, als auf die sich mit Windeseile verbreitende Unglücksbotschaft hilfsbereite Menschen hinzueilten. Durch telefonische Meldung wurde die Sanitätsabteilung des Leipziger Samaritervereins, die unter der Führung des Oberstabsarztes Dr. D. M. S. erschien, sowie die Leipziger Feuerwehr benachrichtigt, die mit ihren Krankentransportwagen und Krankenfahrbahren eintraf. Außerdem leisteten die Herren Ärzte Dr. Schmidt und Ebersbach alsbald die erste Hilfe, insbesondere unterstützt vom Stellmachermeister Gräfe und dem Schuttmann Bornmann, der als früherer Sanitätsunteroffizier und ehemaliger Maurerpolier sich aufs eifrigste bei der ersten Hilfe beteiligte.

Mit Todesberachtung ging die Feuerwehr an die Ausräumung des ungeheuerlichen Trümmerhaufens, um die Körper der darunter begrabenen Arbeiter tot oder noch lebend zu bergen. Neun Arbeiter wurden als Leichen hervorgezogen; unter ihnen befindet sich auch der „Mistpolier“ Hillner, unter dessen Leitung das zusammengebaute Gerüst errichtet worden sein soll. Die Getöteten wurden in der Leichenhalle des Schönefelder Friedhofes untergebracht, den Verwundeten wurde in dem in der Nähe befindlichen Neubau des Armenhauses die erste Hilfe zu teil. Von hier aus wurden sie später mittels Krankentransportwagen ins städtische Krankenhaus überführt. Bis zur einbrechenden Dunkelheit waren die Transportwagen zwischen Schönefeld und Krankenhaus beständig in Bewegung, bis der letzte Mann geborgen war. Ein Verwundeter verstarb noch auf dem Transporte.

An Ort und Stelle nahm ein Vertreter der Staatsanwaltschaft die ersten Vernehmungen über die Ursachen des Massenunglücks vor. Auch Amtshauptmann Seink und der Schönefelder Gemeindevorstand Schwabe sowie mehrere Gemeinderatsmitglieder waren anwesend.

Das traurige Ereignis hatte begreiflicherweise in den östlichen Stadtteilen eine gewaltige Aufregung hervorgerufen. Der ganze Osten war auf den Beinen. Jeder neue Verwundetentransport mußte diese Aufregung natürlich steigern, und allgemein wurde die Frage aufgeworfen, wer ist schuld an diesem furchterlichen Unglück, das elf braven Arbeitern den Tod brachte und vierzehn Arbeiter zu Krüppeln machte, von denen wahrscheinlich auch noch eine Anzahl mit dem Tode abgehen wird?

Darüber, daß hier das Leben zahlreicher Arbeiter schuldhafterweise leichtfertig aufs Spiel gesetzt worden ist, besteht schon heute kaum ein Zweifel mehr. Wie bekannt wird, sind schon vor dem Unglück Stimmen laut geworden, die auf die Mangelhaftigkeit des Gerüstbaues hinwiesen. Das Gerüst soll nicht ein sogen. abgebandenes Gerüst gewesen sein,

wie es bei einem derartig hohen Bau als notwendig angesehen werden mußte. Auch wird die Frage aufgeworfen, ob innerhalb des Turmes volle Etagegerüste vorhanden waren?

Die eingeleitete Untersuchung wird über diese Fragen die wünschenswerte Klärung bringen müssen. Sicher ist, daß der mit verunglückte Maurer Boigt schon vor einigen Tagen von den Mängeln des Gerüsts gesprochen hat. Weiter wird uns aufs glaubhafteste versichert, daß der Maurer Krause, der bis letzten Sonnabend auf dem eingestürzten Gerüst mitarbeitete, die verantwortlichen Personen direkt auf die Fehler aufmerksam machte. Schon vor Wochen hatte Krause auf große Mängel am Gerüst hingewiesen, die aber erst nach mehreren Tagen beseitigt wurden. Letzten Sonnabend nun verließ Krause den in Diensten der Schönefelder Gemeinde stehenden Bauhilfer Busch abermals auf augenfällige Mängel, der ihm aber antwortete, daß er (Krause) überhaupt nichts zu sagen, sondern lediglich seine Arbeit zu verrichten habe. Am Montag morgen, als Krause mit seiner Arbeit wieder beginnen wollte, wurde ihm vom Polier erklärt, daß er auf Anordnung des Bauführers entlassen sei. Krause ging auch zum Gemeindevorstand, um diesen auf die vordrängende Gerüstaussführung aufmerksam zu machen, traf diesen aber nicht an. Auch längeres Warten war vergeblich. Krause ging darauf zu dem den Wasserleitungsbau überwachenden und leitenden Ingenieur, dessen Bureau sich im Schönefelder Gemeindeamt befindet. Aber auch der Ingenieur erklärte, nicht die notwendige Zeit für die Untersuchung der von Krause geltend gemachten Beschwerden zu haben, worauf Krause in einer Weise erwiderte, daß er vom Ingenieur aus dem Bureau hinausgewiesen wurde. Als Krause der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leistete, wurden mehrere Schutzleute zu Hilfe gerufen, die den Krause auf einige Stunden — einsperrten. Zwei Tage später erfolgte der Gerüsteinsturz, bei dem zahlreiche Menschen ihren Tod fanden, andere an ihrer Gesundheit schwer geschädigt wurden.

Die Opfer der Katastrophe.

Getötet sind die Maurer Karl Hillner aus Stütz (Polier), Otto Illner aus Mockau, August Böttge aus L. Meuditz, Kurt Landgraf aus Schönefeld, Albert Friedrich aus Eilenburg, Wilhelm Jona aus Thella, Friedrich Wapf aus Leipzig, ferner die Arbeiter Grohse und Otto Finzel, beide aus Schönefeld. Dazu kommen der Maurer Karl Müller aus Kleinschöcher, der auf dem Transport verstorben ist, und der Maurer Gausage aus Böden bei Eilenburg, der diese Nacht im Leipziger Krankenhaus verschied. Näheres über die Personalien der Verstorbenen war bis heute mittag noch nicht festgesetzt.

In das städtische Krankenhaus wurden eingeliefert:

1. Maurer Arthur Friedrich Waltherr Winter in Dölitz, ledig; Verletzungen am linken Arm und am Kopf.
2. Arbeiter Eduard Becker in Paunsdorf, 37 Jahre alt, verheiratet und zwei Kinder; Verletzungen am Bein.
3. und 4. Maurer Paul und Johann Kanert, zwei Brüder, Yorkstraße 28, ersterer ist 21 Jahre alt und hat Verletzungen am Kopf und Rücken, letzterer 23 Jahre alt und am Kopfe verletzt. Beide sind ledig.
5. Maurer Ernst Schleinig in Neuschönefeld, Klarastraße 15, 20 Jahre alt, ledig; schwer verletzt, wahrscheinlich Wirbelbruch.
6. Maurer Ernst Dümler in Taucha, 41 Jahre alt, verheiratet und 6 Kinder; Bruch des linken Oberschenkels und Verletzungen im Rücken.
7. Maurer Karl Paußig in Eilenburg, 36 Jahre alt, verheiratet und zwei Kinder; Bein- und Brustverletzungen.

8. Arbeiter Josef Matzajch in Stütz, 32 Jahre alt, verheiratet und ein Kind; mehrfache Verletzungen.
9. Maurer Otto Barthel in Taucha, 42 Jahre alt, verheiratet und 3 Kinder; verletzt am Kopf und linken Fuß.
10. Maurer Johann Seiffa, Eutritscher Straße 12, 28 Jahre alt, ledig; Beinverletzung.
11. Maurer Otto Karl Boigt, Gainsstraße 8, 41 Jahre alt, verheiratet und 3 Kinder; verletzt am linken Arm, linken Bein und Kopf.
12. Maurer Friedrich Richard Silber in Taucha, ledig; verletzt am Kopf, Arm und Bein.
13. Arbeiter Gustav Datemasch, Neuschönefeld, Friedrichstraße 14, 37 Jahre alt, verheiratet und ein Kind; Kopf und beide Füsse verletzt.
14. Maurer Otto Forberg, Pfaffenborfer Straße 7, 23 Jahre alt, ledig.

Sämtliche Verletzte sind bei Bewußtsein. Die Bauarbeiten des Wasserturmes, der übrigens vollständig stehen geblieben ist, werden von der Firma Hofmann u. Seyer ausgeführt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Daß der Rückgang des Fleischkonsums in Sachsen ganz beträchtlich ist, erhellt auch aus der Thatsache, daß der Ertrag der Schlachtsteuer von 5228750 Mk. im Jahre 1900 auf 5087288 Mk. im Jahre 1901 zurückgegangen ist. Auch die Uebergangsbabgabe von vereinsländischem Fleischwerk ist in der gleichen Zeit von 364366 auf 320955 Mk. zurückgegangen. Die Verbrauchsabgaben von vereinsausländischem, also von eingeführtem Fleischwerk ist dagegen von 190673 Mk. auf 279537 Mk. in die Höhe gegangen. Aus der letzteren Differenz kann man ersehen, wie bedeutend die Einfuhr von ungeschlachtetem Vieh, die doch wegen des Transports mit ziemlichem Schwierigkeiten verbunden ist, gestiegen ist. In diesem Jahre haben sich die Verhältnisse noch bedeutend mehr verschlechtert.

Der Rückgang des Fleischverbrauchs in den letzten Jahren wird auch durch folgende Bismarckveranschlagung: Im Jahre 1850 wurden 136518 dz Rindfleisch und 226175 dz Schweinefleisch verbraucht, im Jahre 1880 328076 bez. 584836 dz und im Jahre 1901 634218 bez. 1098881 dz. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet betrug der Gesamtverbrauch von Fleisch im Jahre 1870 7,1 bez. 11,8 kg, im Jahre 1880 11,1 bez. 18,1 kg, im Jahre 1900 15,2 bez. 27,9 kg und im Jahre 1901 14,9 bez. 25,9 kg.

Neue Lokomotiven. Die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnverwaltung hat bei der Sächsischen Maschinenfabrik in Chemnitz den Bau von neuen Lokomotiven in Auftrag gegeben, von denen die erste in Dresden eingetroffen ist. Die Probefahrten mit dieser neuen Maschine sind zur Zufriedenheit ausgefallen, nur konnte der eiserne Kolos nicht gedreht werden, da auf dem Dresdener Güterbahnhofe die Drehscheiben für diese große Maschine zu klein waren. Sie ist einschindlich und sehr hoch gebaut, und zwar liegt der Kessel sehr hoch. Der sogenannte Dom, der bei den bis jetzt im Gebrauch befindlichen Lokomotiven hinter der Esse aufrecht stand, ist bei der neuen Maschine über dem Kessel lang gebaut. Die Esse ist ganz kurz gehalten und kann wie bei den Eldbanpfeiffischen umgelegt werden. Das Gewicht der neuen Lokomotive beträgt 1400 Centner oder 70 Tonnen, das Gewicht des dazu gehörigen Tendlers 620 Centner oder 31 Tonnen. Die Maschine arbeitet mit 14 Atmosphären Kesseldruck und hat drei verschlebbare Achsen. Demnächst gelangt noch eine zweite dergleichen Maschine nach Dresden.

Dresden, 2. September. Während der Aufführung des Rheingold am hiesigen Hoftheater wurde der Kammerfänger Ntjes plötzlich von einem Anfall von Genickkrampf befallen, der ihn hinderte, die Partie durchzuführen. Der Vorhang mußte heruntergelassen werden und es sang alsdann der Opernsänger Gieschen die Partie nach dem Klavierauszug. Ntjes wurde auch am anderen Morgen wiederholt vom Genickkrampf befallen. Sein Befinden ist nicht unbedenklich.

Kleine Chronik.

Leipzig, 4. September.

Theaternachrichten. Neues Theater. Freitag: Rigoletto. Sonnabend: Die Welt, in der man sich langweilt. — Altes Theater. Freitag: Al-Helbelberg. Sonnabend: Der Kellermeister. Für Sonntag ist im Neuen Theater eine Wiederholung von Offenbachs phantastischer Oper Hoffmanns Erzählungen angesetzt, im Alten Theater eine solche der neuen Operette Der Kellermeister.

Berliner Theaterbeis. Aus Berlin wird uns vom 3. September geschrieben: Der Kassierer einer Handelsbank ist in den Verdacht geraten, einen Einbruch in die Kasse verübt zu haben. Da es ihm nicht gelingt, sein Alibi nachzuweisen, wird er vor Gericht gestellt. Es giebt aber jemanden, der die Unschuld des Kassierers bezeugen könnte. Der Spartenbuchhalter Schlegel hat ihn zu der Stunde, wo das Verbrechen geschah, bei einem Spaziergange im Gehölz gesehen. Aber der Buchhalter schweigt, denn er ist ein Feind und Reider des Kassierers, der ihm von der Schuldbank überall den Rang abgelaufen hat. Der Angeklagte wird wegen mangelnder Beweise freigesprochen, aber sein guter Name ist dahin. Dem Buchhalter schlägt das Gewissen und er sucht den Unschuldigen nach Kräften zu trösten und aufzurichten. Aber er hat nicht den Mut, das erlösende Wort zu sprechen; er schämt sich, seinen Schurkenfreund zu gestehen, denn er liebt die Schwester des unschuldig Mißhandelten und wird von ihr wiedergebietet. Da gelingt es einem tüchtigen Rechtsanwalt, den wahren Thäter, einen Schlossergesellen, zu entdecken. Der Kassierer steht als Ehrenmann da und eine große Bank offeriert dem Märtyrer ihren Direktorsposten. Er nimmt ihn an und will seinen vermeintlichen treuen Freund, den Buchhalter, zum Prokuristen machen. Da schlägt diesem das Gewissen noch mächtiger und er entfällt seine Schandthat. Weil er aber durch langwierige Seelensqualen und durch das freiwillige Geständnis sein Verbrechen gesteht hat, vergiebt ihm der neue Bankdirektor, und auch die jungfräuliche Schwester läßt durchblicken, daß ihre Liebe nicht erkalte sei und ihrer ehelichen Verbindung mit dem reuigen Sünder nichts wesentliches im Wege stehe.

Ein Berliner Theaterdirektor gestand mir in einer schwachen Stunde, er teile seine Repertoirschätze ein in solche Stücke, die für das Publikum, und in solche, die für die Kritik bestimmt seien. Die ersten, wichtigeren, füllen die Kassen, die zweiten, nur sporadisch aufzutauenden, dienen dazu, das künstlerische Renommee zu erhalten,

ohne das in unseren literarisch durchsuchten Seiten selbst eine Theaterdirektion nicht gut bestehen kann. Das vieraktige Schauspiel: Der Zeuge von May Rehold, das besten im Vestingtheater seine Erstausführung erlebte und dessen Inhalt ich soeben kurz skizziert habe, ist zweifellos nicht für die Kritik bestimmt. Ich kann mich daher in der Betrachtung seines Wesens und Wertes kurz fassen. Es gehört mit seiner dilettantischen Machart, seiner brutalen Effekthascherei, seiner schlecht motivierten Handlung, seinen schablonenhaften Figuren und seinem geschmacklosen Kälteblitterdeutsch zu dem Ärgsten, was uns je auf kunstverlassenen Berliner Bühnen geboten worden ist. Nach der gestrigen Aufnahme darf man übrigens hoffen, daß auch eine längere Bühnenlaufbahn von Publikums Gnaden diesem Nachwerk nicht beschieden sein wird.

Das Residenztheater hat seinen Spielplan ebenfalls um eine Novität bereichert, die, wie es bei dieser Bühne Regel ist, aus Paris importiert wurde. Das Stück ist ein dreifaktiger Schwanz, heißt: Der Fall Mathieu und hat Tristan Bernard zum Verfasser. Den Mittelpunkt der in ihren hundertfachen Verwicklungen nicht wiederzugebenden Handlung bildet ein auf verbotenen Pfaden wandernder Diebhaber, der dem Gegenstand seiner Leidenschaft einen großen Reiseloffer verehrt. Durch das Zusammentreffen unbelibbiger Anfälle wird er gezwungen, in diesem Reiseloffer eine zehnjährige Eisenbahnfahrt zu machen. Ein diebischer Hotelportier, der den Koffer öffnen will, befreit ihn und wird darauf selber durch eine seltsame Verkettung von Umständen in das enge Verhängnis gesperrt. Ihn befreit wiederum die lässliche Polizei, die in dem geheimnisvollen Koffer den Leichnam eines angeblich ermordeten Herrn Mathieu wittert. Dieser purloin verschwundene Herr Mathieu ist ein reicher Onkel des unglücklichen Diebhabers und Kofferreisenden, und die Behörden verfolgen den letzteren als Mörder. Da taucht der gute Obel, der ebenfalls inognito auf Verdespfaden wandelte, am Arm einer Kammerzofe wohlbehalten auf und alle Mittel löst sich.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurde durch die berühmte Theaterprinzipalinn Karoline Neuber der Hanswurst von der deutschen Bühne verbannt. Gotthold Ephraim Lessing, der ein sehr feiner Kenner des Theaterpublikums war, sprach seinerzeit die Vermutung aus, daß diese festerliche Verbannung keinen praktischen Nutzen haben werde. Der Mann hat vollkommen Recht gehabt. Die lieben Leute, die im Theater sitzen, wollen sich ihren Hanswurst nicht rauben lassen, und auch unsere heutigen Berliner Komödienbühnen, mögen sie Thalia- oder Residenztheater heißen, bieten im Grunde nichts anderes, als die alten Hanswurstposten, gegen die

die Neuberin und ihr Freund Gottschew vor 1 1/2 Jahrhunderten als nicht mehr „zeitgemäße“ Volksbelustigungen eiferten. Auch der Fall Mathieu ist eine rechte und schlechte Hanswurstkomödie und Herr Richard Alexander, der den Diebhaber giebt, ein ganz ausgezeichneter Hanswurst.

Ueber den „Patriotismus“. Allen Sebanseleerern und anderen Wortspatrioten ist folgender Ausspruch Tolstois (entnommen der von W. Gensel übersetzten und zusammengefaßten Sammlung Tolstoischer Gedanken, Rufe Lehren), gewidmet:

„Ich weiß jetzt, daß alle Menschen überall gleich sind Brüder sind. Wenn ich nun an all das Böse denke, das ich gethan, das ich infolge der Feindschaft der Nationen erfahren und gesehen habe, dann wird es mir klar, daß die Ursache alles dessen jene große Lüge war, die man „Patriotismus“ und „Liebe zum Vaterlande“ nennt. Ein Gefühl der Feindschaft gegen andere Völker empfand ich nie, es wurde mir künstlich durch eine unvernünftige Erziehung eingemulst. Was man heutzutage Patriotismus nennt, ist eigentlich eine Geistesrichtung, die durch die Schule, die Religion, die abhängige Presse, welche für die Regierung arbeitet, unter den Vätern hervorgerufen und erhalten wird, andernteils ist es eine zeitweise Erregung, die durch außergewöhnliche Mittel von den herrschenden Klassen unter denjenigen Volkschichten hervorgerufen wird, deren stilles und geistiges Niveau sich auf einer niedrigeren Stufe befindet, und diese Erregung wird dann als der Ausdruck des Volkswillens bezeichnet. Der Patriotismus ist in unseren Tagen ein grausames Erbe einer überlebten Zeit; wenn er erhalten wird, so geschieht es durch die Macht des Beharrungsvermögens und auch deshalb, weil die Regierungen und die herrschenden Klassen, fühlend, daß ihre Macht und sogar ihre Existenz daran hängt, sich bemühen, ihn durch List und durch Gewaltmittel im Bewußtsein des Volkes zu erhalten. Der gegenwärtige Patriotismus ist einem Gerüst ähnlich, das dazu dient hat, einen Bau zu errichten; jetzt hindert es, um hinein zu gelangen, man beseitigt es aber deshalb nicht, weil es einigen Leuten von Nutzen ist. Der Patriotismus in seiner einfachsten und klarsten Form ist für die Regierungen nichts anderes als eine Waffe, die ihnen ermdmöglichst, ihre ehrgeizigen und selbstsüchtigen Ziele zu erreichen; für die Regierten dagegen ist der Verlust jeglicher menschlicher Würde, jeder Vernunft, jedes Bewußtseins, und die frechtliche Unterwerfung unter die Machtthaber. Das ist der Patriotismus überall, wo man ihn predigt. Der Patriotismus ist die U-verreit!“

Verbau, 3. September. Die städtischen Kollegien haben beschlossen, von dem Weiterbau des neuen Schlachthofes bis auf weiteres abzusehen, sondern nur noch die Planierungsarbeiten fertig zu stellen. Begründet wird dies Sorge damit, daß die hohen Viehpreise und die Fleischvertheuerung eine gute Geschäftslage für den Schlachthof nicht voraussetzen lassen.

Die hiesige Wäckerinnung hat in einer Versammlung beschlossen, eine Erhöhung der Brotpreise eintreten zu lassen. Für die Wäckermeister dürfte doch jetzt kaum Grund zu einer Preisserhöhung vorhanden sein.

cc. Klausen i. V., 3. September. Vor dem hiesigen Landgericht hatte sich heute der Obersteuereinschreiber Raudorf aus Lengsfeld zu verantworten. Er ist des versuchten Betrugs und der Unterschlagung im Amte angeklagt. Zunächst wird ihm nachgewiesen, für eine Fahrt, die ihm 3.20 kostet, 6 Mk. berechnet zu haben, im weiteren soll er Portoauslagen seiner Untergebenen viele Monate lang nicht ausgezahlt, sondern sie zunächst für sich verwendet haben. Hierbei wird festgestellt, daß er, obgleich er ein Gehalt von annähernd 4000 Mk. bezog, oft mit dem Gericht und dem Gerichtsvollzieher zu thun hatte und häufig Ansehen von 3, 5 und 10 Mk. bei Gastwirten und Leuten gemacht hat, bei denen er dienstlich Revisionen vorzunehmen hatte. Der Angeklagte wird wegen versuchten Betrugs zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, wegen der Unterschlagung im Amte jedoch kostenlos freigesprochen. Das Gericht nahm an, „daß er nur höchst lässig in der Verwaltung der Gelder gewesen sei“. Uns erscheint das Urteil recht milde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus Dresden wird berichtet: Bei der Sedanfeier in einem unserer Nachbarorte spielte sich ein Vorfall ab, der einer gewissen Komik nicht entbehrt. Zur Verschönerung der Feste sollte der Schulsaal mit einer Königsbühne geschmückt werden. Der Schulhausmann wurde beauftragt, eine derartige Bühne zu besorgen und derselbe führte auch den ehrenvollen Auftrag prompt aus. Als jedoch die Sedanfeier beginnen sollte, bemerkten die Anwesenden, daß die Bühne nicht den König von Sachsen, sondern den Großherzog von Baden darstellte. — Am 22. August 1902 ist in der Elbe bei Straßla die Leiche eines 30 bis 40 Jahre alten, 1,75 Meter großen Mannes mit blondem Schnurrbart, dunklen Kopfsaar und sehr mangelhaftem Gebiß angeschwommen. Der Tote trug eine Karte des deutschen Radfahrerbundes von Dresden und Umgebung bei sich. Die bei der Leiche gefundenen Gegenstände können bei der Staatsanwaltschaft in Torgau beschlagnahmt werden. — Ein Hund, der wieder einmal an den in Großenhain vor 37 Jahren erfolgten Doppelmord der Bräutigamsbräute erinnert, ist Ende voriger Woche gemacht worden. Auf einer Bank der Promenade fand man eine Photographie der Familie Bräutigam, Mann, Frau und zwei Knaben. Das Bild wurde der Polizei übergeben. — Einen verwegenen Fischverkauf unternahm in Plauen der galizische Einbrecher Wustala, der in der letzten Woche eine Reihe Diebstähle verübt hatte. Als er zum Verhör vorgeführt worden war, gab er auf die an ihn gerichteten Fragen keine Antwort. Der vernehmende Jurist rief einen Diener zur Unterstützung herbei und die kurze Spanne Zeit benützte der Pische dazu, acht Fensterläden zu zertrümmern, um ein Stockwerk tief in den Hof hinabzuspringen und zu entfliehen, was ihm jedoch nicht gelang. Ein Gerichtsdiener sah den Ausreißer, der sich bei dem Zerbrechen der Fensterscheiben verletzt hat und nicht unerheblich blutete, als er in das Gefängnis zurückgebracht wurde.

g. Halle a. S., 3. September. Der Maiprozess, der nun einmal in jedem Jahre für unsere Polizei ein Bedürfnis zu sein scheint; kam heute vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Angeklagt waren 33 Personen, Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder etc. Auch eine Frau und ein Handwerksbursche, den man hier am Montage im Polizeieifer mit aufgegriffen hatte, aber den man niemals wieder sah, waren mit angeklagt. Die Angeklagten sollen an einem öffentlichen Aufzuge, zu dem die polizeiliche Genehmigung nicht erteilt worden ist, teilgenommen haben; Uebertretung der §§ 10 und 17 des Vereinsgesetzes. Die Angeklagten, die mit anderen Parteigenossen von zwei Versammlungen aus Viebichenstein kamen und nach einem Vergnügungstotal in Halle wollten, bestritten, daß jener Spaziergang den Charakter eines Aufzuges hatte. Der Familius des Oberpolizeinspektors Weydemann, Herr Inspektor v. Doffow, der sich bei der Maßfeier „ehrforchtig“ gezeigt hatte, war allerdings anderer Ansicht. Er sagte, daß so gegen 1/2 12 Uhr im Mühlwegviertel, wo am Montage die 33 Sittierungen vorgenommen wurden, sonst der Verkehr vollständig tot sei, am genannten Tage der Verkehr aber vollständig ausgebrochen gewesen sei. Auf die Frage des Verteidigers Justizrat Herzfeld, wie es denn komme, daß die Angeklagten, die mit den übrigen Teilnehmern der Maßfeier einen Weg gingen, in jener toten Gegend, wo zu dieser Zeit gar kein Verkehr durch andere Personen ist, den Verkehr stören konnten? antwortet Herr v. Doffow verbindlich nach etwas längerer Ueberlegung mit den Worten: „Ja es hat niemand aus seinem Hause herausgeholt und von der einen nach der anderen Straßenseite gehen können.“ Diese äußerst gewagte Angabe eines Beamten unter dem Eide wurde von den Angeklagten allerdings mit Protest widerlegt, aber das half alles nichts. 30 Angeklagte wurden zu je 6 Mk. Geldstrafe eventuell 2 Tagen Haft, 2 Angeklagte zu je 3 Mk. Geldstrafe verurteilt und nur einer wurde freigesprochen. Als Zeugen waren 29 Polizeibeamte geladen.

— Aus Thüringen, 3. September. Die erste staatliche Sedanfeier hat an diesem 2. September in Greiz, der Hauptstadt des Reichs-älteren Weltreiches, stattgefunden. Unter dem jetzigen Heinrich XIV. war so auch diesbezüglich eine revolutionäre Ueberlegung eingeführt: die staatlichen Behörden schlossen — was noch nie dagewesen ist! — mittags zur Frier des Tages ihre Bureaus!

Wieder einmal rumort es von allerlei Unterschlagungen in amtlichen Kassen und Vereinen. So wurde bei der Jahrestarntschaller-Einnahme in Greiz ein Defizit von 1100 bis 1200 Mk. festgestellt. Die Unterschlagungen sollen durch einen alten Beamten, der 3. B. auf Urlaub ist, verübt worden sein. In Langewiesen (Schwarzburg-Sondershausen) soll das bei der Revision der dortigen Darlehnskasse festgestellte Defizit circa 100000 Mk. (?) betragen! Der frühere Rechner des Vereins versucht das Geld aufzubringen.

Ein wegen Sittlichkeitsverbrechen am Montag in Erfurt festgenommener älterer Mann der sogenannten besseren Stände hat sich als ein früherer Hüter des Gesetzes entpuppt. Es handelt sich um den erst vor kurzem zurückgetretenen stellvertretenden Amtsanwalt Paul Mathias. Natürlich versuchen bereits bürgerliche Blätter ihn als geistig defekt hinzustellen, während andererseits vermehrt wird, daß auch andere in letzter Zeit gemeldete Sittlichkeitsallentate auf den pp. Mathias zurückzuführen sind.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 3. September.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176, 3 wurde der Klavierstimmer Johann Joseph Kerbler in einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Mildernde Umstände wurden dem Angeklagten zwar mit Rücksicht auf sein hohes Alter zugebilligt, straffschärfend dagegen in Betracht gezogen, daß er wegen gleichen Delikts bereits bestraft ist.

Zahlreiche Betrügereien führten den schon wegen dieses Delikts öfters bestrafte 41 Jahre alten Maurer Karl Wilhelm Spranger aus Gaußig gestern wiederum vor die Schranken des Landgerichts. Im Jahre 1895 verkehrte Sp. unter der Angabe, Kriminalbeamter zu sein, bei dem Restaurateur M. in der Süßstraße. Im Februar d. J. ersuchte er M. um ein Darlehen von 15 Mk. und stellte eine Quittung mit dem Namen Seine unterzeichnet aus. Im Delikatessengeschäft von F. in Dürrenberg gab er sich als Maurerpolier aus, trank dort mehrere Flaschen Wein, die er auch bezahlte, machte aber dem F. dann vor, daß er noch verschiedene Beforgungen zu machen habe; nun käme er nicht mehr zurecht in das Comptoir, um Geld zu erhalten, er, F., möge ihm 30 Mk., die am nächsten Tage wieder zurückerstattet würden, leihen. F. that dies, aber sein Geld bekam er nicht wieder. In Chemnitz, wohin Sp. gefahren war, suchte er seinen einstigen Schulkameraden K., der dort Spediteur ist, auf, erzählte ihm, er wäre bei Rudolf Sad-Bindenau Monteur, seine Firma habe ihm suchen telephoniert, daß er in einer Dampfzweigleise in Chemnitz schnell eine Reparatur machen solle, nun fehle ihm zur Einlösung des gefandten Werkzeuges noch Geld und da sollte er ihm dazu 20 Mk. leihen, was dieser auch that. Dem Wäckermeister K. in Reudnitz erzählte Sp. am 10. Juli, er führe Cementplatten; nun sei ihm der Wagen gebrochen und er habe kein Geld zur sofortigen Reparatur; er möge ihm 5 Mk. borgen. K. lehnte dies aber ab. Dasselbe Märchen erzählte er dem Schmiedegesellen A., der ihm die geforderten 5 Mk. lieh; er hat sie nicht wiederbekommen. Dem Gütsbesterger B. in Pegau erzählte Sp., ihm sei auf dem Schützenplatz während des dortigen Schützenfestes sein Ueberzieher, worin sich sein Portemonnaie befunden habe, gestohlen worden, er möge ihm zur Heimfahrt 5 Mk. borgen; er erhielt 3 Mk. In einer weiteren Anzahl von Fällen erhielt Sp. noch Beträge von 1.50 bis 5 Mk.; bei einigen Personen, die er ebenfalls um Darlehen anging in der Absicht, sie nicht wieder zurückzahlen, war sein Bemühen ohne Erfolg gewesen, insgesamt hatte Sp. sich auf diese Weise etwa 90 Mk. erschwindelt. Das Urteil lautet unter Anrechnung von 3 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Schöffengericht.

Leipzig, 3. September.

Schwer beleidigt fühlte sich der Generalsekretär des Buchdruckerprinzipalvereins für Sachsen, Herr Franz Rohler, durch das, was ein früherer Angestellter des Bureaus, der jetzige Buchdruckermeister Ullig, den Buchdruckerbesitzern Vertram und Regel erzählt hat. Aus der Kasse des Prinzipalvereins wären einer hiesigen Buchdruckeret etwa 11 000 Mk. gegeben worden und von Rohler, der die Verantwortung trage, so verbucht worden, daß nichts zu finden sei. Ferner hatte U. die Abschrift eines Briefes, worin der Dresdener Buchdrucker Siegel zur Weiterführung seiner Druckeret um die Summe von 300 Mk. ersuchte. K. habe ihm geantwortet, das Geld könne er erhalten, es werde schon so verbucht, daß er es nicht mehr zurückzahlen brauche. Ferner hat U. dann noch erzählt, wenn einmal eine genaue Revision der Bücher und Kasse, namentlich der Feuerversicherung, vorgenommen würde, dann würde manches an den Tag kommen. U. bleibt in der Verhandlung dabei, daß wegen der 11 000 Mk. der abgeschlossene Vertrag mit der betreffenden Druckeret ein gesetzwidriger, zum Nachteil der Kasse abgeschlossener war. Der Brief wegen der Dresdener 300 Mk. sei ihm von einem Angestellten zugestuft worden und den habe er allerdings Vertram, jedoch im Vertrauen, mitgeteilt. K. sagt aus, daß der Dresdener Brief eine reine Privatangelegenheit und an ihn (K.) selber gerichteter war. Die Behauptung U.s wegen der gefälschten Jahresgeschäftsberichte und des Vertrags wegen der 11 000 Mark sei unwahr. Die beiden bernoommenen Zeugen Regel und Vertram führen nur das Gespräch, das U. mit ihnen hatte, an, und geben dann auf Befragen zu, daß sie es K. mitgeteilt haben. Die Sache ist auch in einer Innungsversammlung am 27. Februar zur Sprache gekommen. Ob die Sache untersucht worden ist, wurde in der Gerichtsverhandlung nicht erörtert. Da U. an Gerichtsstelle einen Beweis für seine Behauptungen nicht erbringen konnte, wurde er wegen Beleidigung zu 80 Mk. Geldstrafe und im Nichteinbringungsfall zu 16 Tagen Gefängnis verurteilt.

Kriegsgericht.

Leipzig, 3. September.

Fahnenflüchtiger Offizier. Unter dem Vorsitz des Oberstleutnants von Zwadach-Holzhausen fand heute vor dem Kriegsgericht der 2. Division Nr. 24 gegen den Leutnant Volkmar Friedrich Weiß vom 107. Regiment, der bis zu seiner vor einiger Zeit erfolgten Festnahme zum Telegraphen-Bataillon nach Berlin abkommandiert worden war, Hauptverhandlung wegen Fahnenflucht, vorzüglich falscher dienstlicher Meldung und widernatürlicher Unzucht statt. Zu der Verhandlung waren 4 Zeugen, darunter der Keller Watterodt, der aus Berlin vorgeführt wurde, geladen worden. Die vierstündige Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endigte mit der Verurteilung des Angeklagten Weiß unter Anrechnung von drei Wochen der Untersuchungshaft zu dreizehn Monaten Gefängnis, außerdem wurde auf Dienstentlassung des Verurteilten erkannt. Wegen Gefährdung der Disziplin und der Sittlichkeit wurden die Urteilsgründe in geheimer Sitzung verkündet.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. September.

Wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch einen Artikel des Generalanzeigers, sollte heute vor dem Landgericht gegen den Redakteur Arthur Pleißner verhandelt werden. Die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt, weil vom Verteidiger vorgestern noch Beweisanträge gestellt wurden, wonach noch mehrere Zeugen, u. a. der Schriftsteller Friedrich Stampfer, ehemals in Leipzig, gegenwärtig in Friedemann-Berlin, geladen werden sollen. Obwohl der Staatsanwalt den Beweisanträgen keine große Bedeutung beimessen zu können erklärte, wollte er einer Vertagung der Verhandlung nicht entgegenstehen und das Gericht beschloß, dem Antrage des Verteidigers gemäß die Vertagung.

Ins Wandern ist am Dienstag früh das 134. Infanterie-Regiment abgerückt. Am ersten Marschtag hatte das Regiment die Strecke von Leipzig bis nach Vorna zurückzulegen; bei der großen Hitze sollen viele Soldaten den Marschstrapsen nicht mehr gewachsen gewesen sein, so daß das Regiment eine große Anzahl marschunfähiger Leute hatte. Ein Reservist, Vater von 5 Kindern, ist bereits verstorben. Man schreibt uns dazu aus Vorna: „Ein Soldat liegt jetzt noch hier im Gasthause zum Steuermann, da er nicht transportfähig ist. Im übrigen sind heute Mittwoch früh ein ganzer Trupp, über 100 Mann, dem Regiment nach Rochitz per Bahn nachgeschickt worden, weil die Leute nicht marschieren konnten. Die Mannschaften sind so abgelaufen gewesen, daß auf Anordnung des Oberstabsarztes Wagen beschafft worden sind, um die Tornister bis hierher zu befördern. Auch haben die Mannschaften die Halsbinden ablegen und die Köpfe aufklopfen müssen. Die Soldaten sind nachmittags um 1/4 Uhr hier angekommen und am anderen Morgen rechtzeitig, die ersten schon gleich nach 4 Uhr früh, wieder fort. Die Soldaten sollen erzählt haben, die Mannschaften wären bei Eipenham gestürzt, wie die Fliegen. Dort soll auch der Oberstabsarzt die erwähnte Anordnung getroffen haben.“

Nach den Veranlagungen zur städtischen Grundsteuer bezifferte sich der Grundwert aller steuerpflichtigen Grundstücke in Leipzig bei Beginn des Jahres 1902 auf 985840710 Mk. Hiervon entfielen 613010715 Mk. auf Alt-Leipzig und 372829995 Mk. auf Neu-Leipzig. Der berechnete Zuwachs für sämtliche Gebäude stellte sich auf 65722714 Mk. Die Zunahme des Grundwertes gegenüber dem Betrage desselben zu Beginn des Jahres 1892, also die Zunahme im letzten Jahrzehnt, bezifferte sich auf 293572680 Mk.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz. Der Monat August brachte der Genossenschaft einen Zuwachs von 298 Mitgliedern. Der Verkaufserlös im verfloffenen Monate betrug 862 208 Mk. 18 Pf. Der Monat August vorigen Jahres ergab einen Verkaufserlös von 809 193 Mk. 77 Pf.

Leipziger Buchbinderet-Akt.-Ges. vorm. Gustav Frische, Leipzig. In der Sitzung der Aufsichtsrat wurde statt der in seiner Sitzung vom 8. August in Aussicht genommenen Dividende von 6 Proz. nur 4 Proz. in Vorschlag bringen, ist zu bemerken, daß in der damaligen Sitzung erklärt wurde, der Reingehalt von 160,481 Mk. (i. V. 80,258 Mk.) gestatte zwar die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. auf das 1,25 Mill. Mk. betragende Grundkapital, gleichwohl wolle man nur 6 Proz. (i. V. 0,1800/1900 7 Proz.) vorschlagen. Es scheint also besondere Veranlassung vorzuliegen, von diesem Satze noch um 2 Proz. herunterzugehen. Die Bilanz, die hierfür vielleicht Aufschluß geben kann, liegt noch nicht vor.

Ueber die Zulassung der gesetzlichen Vertreter von Angeklagten als Beistand vor Gericht, veröffentlicht das Justiz-Ministeriumblatt eine Verfügung des preussischen Justizministers, die lautet: In dem Strafverfahren gegen jugendliche Angeklagte wird von den gesetzlichen Vertretern die Befugnis, gemäß § 149 Abs. 2 der Strafprozessordnung (in der Fassung des Artikels 35 II des Einführungsgesetzes zum V. G. B.) in der Hauptverhandlung als Beistand aufzutreten, nicht in dem Umfang ausgedehnt, wie dies im Interesse des Angeklagten und des Strafverfahrens liegt. Die Entscheidung wird in vielen Fällen darauf zurückzuführen sein, daß die gesetzlichen Vertreter ihre prozeduralische Befugnis nicht kennen, oder daß der Angeklagte vor ihnen die Einleitung des Strafverfahrens geheim gehalten hat. Dies veranlaßt mich, folgendes zu bestimmen: Sind die Person und der Wohnort des gesetzlichen Vertreters eines Angeklagten, welcher zur Zeit der ihm zur Last gelegten That das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, aus den Akten ersichtlich oder sind sie ohne Selbstverlust festzustellen, so ist zugleich mit der Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung von der Ladung bewirkenden Behörde eine Mitteilung von dem Termin an den gesetzlichen Vertreter zu richten. Die Mitteilung ist mit dem Vermerk „Eigenthändig“ zu versehen. Einer Zustellung bedarf es nicht. Im Ermittlungsverfahren ist von den Beiständen der Staatsanwaltschaft auf die Feststellung des gesetzlichen Vertreters des jugendlichen Beschuldigten Bedacht zu nehmen. Die Polizeibehörden sind von dem Minister des Innern angewiesen worden, bei der verantwortlichen Vernehmung der einer Straftat beschuldigten jugendlichen Person des erwähnten Alters den Namen und Aufenthalt des ehelichen Vaters, oder wenn dieser die erteilte Gewalt ausüben verhindert ist, denjenigen der Mutter und gegebenenfalls denjenigen des Vormunds festzustellen und im Protokolle zu vermerken.

Patentmeldungen sächsischer Erfinder. Gegen diese Anmeldungen kann bis zum 1. November Einspruch erhoben werden. R. 8. Bleicherei, Wäscherei, Färberei, Druckerei und Appretur. G. 16491: Zasterkappe mit Nadelstifte für Gewebspannmaschinen. Ernst Behner, Rue i. S. — R. 42. Instrumente. P. 12817: Geschwindigkeits-Anzeiger mit einem anstehend belasteten Schwungradmassenregler. Paul Polkeitz, Dresden-N., Al. Plauenische Gasse 41. M. 21888: Probenehmer für Schrotmühlen. Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Seif, Dresden. — R. 54. Papierzeugnisse und Papierverarbeitung (außer Buchbinderet R. 11), sowie Reklamewesen. M. 20558: Druckmaschinenschlag mit innen angebrachter Verbopplung zur Aufnahme der Verschleißklappe. U. Müllers, Dresden-N., An der Falkenbrücke 2a.

Aus Anlaß der Michaelismesse werden Sonntag den 7. September d. J. der Personenzug 1533 Leipzig Dresdener Bahnhof — Grimma Oberer Bahnhof (Abfahrt 11.10 nachm.) bis Döbeln und Sonntag den 14. September der Personenzug 1624 Leipzig Dresdener Bahnhof — Liebertwolkwitz (Abfahrt 11.18 nachm.) bis G e i t h a i n durchgeführt. Näheres ergeben die Anschläge auf den vom Zuge berührten Stationen.

Witten in der Arbeit verfiel in einer Spinnerei der Westvorstadt eine 18jährige Arbeiterin aus Lindenau in tiefe Bewußtlosigkeit, so daß sich die Ueberführung der Erkrankten nach dem Stadtkrankenhaus notwendig machte.

Kleine Polizeinachrichten. Auf der Eisenbahnstraße in E.-Neustadt wurde gestern nachmittags ein 78 Jahre alter Arbeiter aus E.-Kleinbucher, der bei der Plasterung der Straße beschäftigt ist, von einem Motorwagen umgestoßen. Zum Glück hat dies

dem greifen Manne weiter nichts geschadet, so daß er seine Arbeit fortsetzen konnte.

Durch Selbstentzündung von Zigaretten entstand gestern Abend in einem Grundstücke der Kohlgartenstraße ein Kellerbrand. Die Feuerwehr löschte alsbald das Feuer.

In L.-Gutrichs fiel einem Markthelfer eine Holzliste auf den Kopf, was eine Verletzung zur Folge hatte. Dem Verunglückten wurde in der Kockhstraße ein Notverband angelegt.

Auf der Kockhstraße fiel gestern Abend ein an Kolik erkranktes Pferd eines Gauscher Regellehrers tot zu Boden. Der Kadaver wurde vom Landauer Kavallerie abgeholt.

In einem Restaurant der Südvorstadt machten gestern zwei hier zugefährte Bautechniker im Alter von 25 und 28 Jahren eine größere Beute, obwohl sie zusammen nur noch 5 Pfennige Geld besaßen.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

Gelegenlich eines Streites schlug ein Arbeiter seinen Gegner mit einer starken Kaffeetasse so über den Kopf, daß der Betroffene eine erhebliche Verletzung davontrug.

Ein 27-jähriger Musiker aus Moensleben machte sich vor einiger Zeit hier verschiedener Betrügereien schuldig. Der Betrüger ist jetzt ausgewärtig festgenommen worden.

geffen sei das hauptsächlich von der Jugend sehr viel besagerte Kaspertheater.

So zeigt sich überall ein buntes Treiben. Auch der Besuch der Messe dürfte wenig zu wünschen übrig lassen. Im Interesse der Händler und Kundenbesitzer liegt es, wenn das schöne Wetter, unter dem die Messe begonnen hat, auch weiterhin anhält.

Banisch. Ein Unglücksfall mit sehr traurigen Folgen ereignete sich hier am Montag Abend. Das sechsjährige Töchterchen des Guisbesitzer Giesler befand sich im Nachbarhause, wo eben ein zwölfjähriges Mädchen mit Petroleum Feuer anzumachte; die Kleine wurde von den zurückfliegenden Flammen erfaßt und schrecklich verbrannt. Dienstag früh ist das Kind seinen Leiden erlegen. Volla Klarheit ist noch nicht geschaffen, wer an dem Unglück, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, die Schuld trägt.

Von Nah und Fern.

Die Rechtschreibung.

Berlin, 4. September. Die neue Rechtschreibung soll vom 1. Januar 1903 ab von den Beamten aller Behörden angewendet werden. Jeder Dienststelle sind die Regeln hierzu geliefert worden.

Straßenbahnarambologe.

Barmen, 4. September. Zwei Motorwagen der Elberfeld-Barmener Straßenbahn stießen am Dienstag Abend infolge Entgleisung zusammen. Das Dach des einen Anhängewagens wurde zertrümmert. Zwei Herren sind leicht, eine Dame am Hannover schwerer verletzt worden.

Von Martinique.

Newyork, 3. Sept. Ein Telegramm aus St. Thomas besagt, nach Mitteilungen der dort am Martinique eingetroffenen Schiffe sei in Morne Rouge auch nicht ein einziges lebendes Wesen dem Tode entgangen. Ajoupa-Bouillon liege ebenfalls in Trümmern. Gleichwohl seien dort nicht so viel Menschen umgekommen, als in Morne Rouge, insgesamt etwa 200. Die Zahl der Verletzten in Ajoupa-Bouillon betrage 400. Privatbesessen sind nach Erzählungen von Personen, welche Martinique in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verlassen, die Stimmung in Fort de France sehr düster. Das Louis-Fort hat kaum Platz für die große Zahl der Verwundeten, die aus Morne Rouge, Le Carbet, Ajoupa-Bouillon und Grandevide sich dorthin retten konnten. Unter den Toten befanden sich in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Ein Stabteil von Fort de France, wo das Meer 60 Fuß das Land überflutete, ist vollständig geräumt worden. Die Flucht nach den Höhen ist das Lösungswort unter den unglücklichen Bewohnern der Küste. Man besichtigt eine neue Eruption. Morne Rouge war bei der Eruption des Mont Pelée in einem Augenblick von brühendem heißem Wasser und Schmutzmassen überflutet. Ajoupa-Bouillon wurde von den Schmutzfluten des Flusses und herniederliegenden Steinen zerstört. Während des Ausbruchs war die See in furchtbarem Aufruhr, und eine Futwelle wogte längs der ganzen Küste. In Le Carbet kamen viele Personen in den Fluten um. Nach der Eruption verankert eine Strecke von mehr als einer Meile Länge am Ostende der Insel ins Meer. Nach Meldungen sind bei den letzten Ausbrüchen des Mont Pelée 1060 Menschen umgekommen und 1500 verletzt worden.

Ein „Sturz“ Roosevelts.

Newyork, 3. September. Ein Jagdwagen, in welchem Präsident Roosevelt und seine Umgebung sich befanden, stieß zwischen Pittsfield und Lenox mit einem elektrischen Bahnwagen zusammen. Präsident Roosevelt kam mit einigen Querschnitten und Hautabschürfungen im Gesicht davon, Corlelyon wurde leicht verletzt, ein Geheimpolizist wurde getötet. Der Fahrer und Schaffner des Jagdwagens sind verhaftet worden. Die Pferde des Jagdwagens wurden getötet.

Vermischtes.

Zu den konfessionellen Badeanstalten, wie eine solche beispielsweise in Ulm besteht, treten auch noch andere streng konfessionell geschiedene — wohlthätige Anstalten. Eine geeignete Verbindung hat nicht nur ihre Besizer, wie Viktor Scheffels Gnanosied beweist, sondern auch ihre religiöse Weihe. Es ist jedenfalls ein ständiges Bewußtsein für einen gläubigen Christen, dieselbe Luft mit einem zwar ebenfalls, aber andersgläubigen Christen atmen zu müssen, wenn er die Thür des Räucherleins hinter sich geschlossen hat. So versteht denn der Leser folgendes Schreiben, das an die Göttinger Zeitung gerichtet worden ist: „Als ich kürzlich nach Duchau am Federsee kam und den Schulhof betrat, in dem die Worte stehen, fand ich, daß jede der Aborteihären eine andere Aufschrift trug, und zwar die erste „Für Katholiken“, die zweite „Für Protestanten“, die dritte „Für Israeliten“. Wenn Sie einmal nach Duchau kommen, können Sie sich selber überzeugen.“

Was man sich von einem Prinzen erzählt. Aus Newyork wird gemeldet: Großfürst Boris von Rußland empfing die Vertreter der amerikanischen Presse und ersuchte sie, das Gerücht zu dementieren, daß er in Chicago aus dem Pantoffel einer Dame aus einem Café Chantant Champagne getrunken habe. Bemalte Strümpfe. Wie aus London berichtet wird, erzählt ein englischer Blatt, daß die berühmten Schönheiten des Landes von einer neuen Manie befallen sind, einer Manie, die natürlich sehr kostspielig ist: siebene Strümpfe, die mit Sandmalerei bedeckt sind, zu tragen. Viele tragen keine Beidenen, 1000 bis 1200 Mt. für ein Paar also geschmückter Strümpfe auszugeben, und man nennt mehrere Schönheiten von Brighton und Margate, die auf dem Strande zur Badestunde Strümpfe getragen haben, die sogar 2000 Mt. kosteten. Wie so oft in solchen Fällen, ist diese Mode von dem „Stern“ einer Modistin in London ausgebracht worden, ihre Spitzenstrümpfe mit Malereien werden durch goldene, mit kostbaren Steinen besetzte Strümpfbänder gehalten. Im Anschluß an diese Mode hat ein reicher Finanzmann von Liverpool kürzlich seiner Nichte als Hochzeitsgeschenk ein Paar durchbrochener Strümpfe geschenkt, die mit allegorischen Motiven geschmückt waren und in die eine Anzahl Banknoten eingewickelt waren. Die seltsamsten Strümpfe aber gehören einer Mrs. Waxter, einer amerikanischen Millionärsfrau, die selbst die Pantoffel für erzentrisch halten. Sie sind in Gold und Silber gewebt, durchbrochen und am Span, an der Wade und am Knie mit Hunderten von Glöckchen verziert, deren diskretes Klingeln sich in das Fron-Fron der Kleider ihrer originellen Trägerin mischt. Und Millionen Menschen leben im tiefsten Elend!

Griechen der Redaktion.

D. R., Sommerfeld. Die Schilderung Ihres Ausfluges ist zwar recht nett, doch sind wir der Konsequenzen wegen leider nicht

in der Lage, sie zum Abdruck zu bringen. Ein solches Beispiel würde uns sicherlich eine ganze Flut launiger Schilderungen einbringen.

Zusunft in Rechtsfragen.

Frankenwald. 1. Bewußt. 2. Es dürfte das Leipziger Gewerbeamt zuständig sein; für die sichere Beurteilung dieser Frage reichen Ihre Mitteilungen nicht aus. 3. Auch für die Bestimmung der Höhe der Schadenersatzforderung genügt Ihre Schilderung nicht. Kommen Sie in unsere Sprechstunde, abends 6—7 Uhr. 4. Ja, eine derartige Vorstellung erscheint angebracht, bevor Sie Klage einleiten.

M., Bayern. Die Mitglieder des Klubs müssen den Wert auf Herausgabe der Urkunden beim Amtsgericht verklagen.

Quittung.

Bei dem unterzeichneten Komitee gingen im Monat August 1902 nachstehende Parteibeträge ein:

Table with 2 columns: Name of contributor and Amount. Includes Südbezirk, Nordbezirk, 10 Schönefelder Verbreiter, Wahlverein Leipzig, Westbezirk.

Das Agitationskomitee des 12. und 13. städtischen Reichstagswahlkreises.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 4. September: 228. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, Braun): Neu einstudiert:

Hoffmanns Erzählungen.

Table listing plays and cast members for Hoffmann's Tales at the New Theatre. Includes Phantastische Oper, Der Rittmeister, Die Elfmaler, Die Brautwahl.

Altes Theater.

Donnerstag den 4. September: Jadwiga. Operette in 3 Akten frei nach Scille von P. Fischberger und Robert Pohl. Musik von Rudolf Dellinger.

Table listing plays and cast members for Jadwiga at the Old Theatre. Includes Operette in 3 Akten, Der Rittmeister, Die Elfmaler, Die Brautwahl.

Berlin-Kalender.

Donnerstag: Verein Vorwärts, Leipzig-Club. Samstags zu Sonntag, Abends 7 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Weißkraut mit Rindfleisch. Speiseanstalt II (Holtenauerstraße): Weißkraut und Kartoffeln mit Schöpfens.

Arbeiterinnen! Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln:

- Frank Dunder, Gohlis, Wilhelmstr. 2, III. Frenzel, Lindenau, Gunderser Str. 10, I. Weidel, Leipzig, Hauptmannstr. 7, pt. Jäger, Sonnenw. Leipzig Str. 23, pt. Müller, Reuschnefeld, Eisenbahnstr. 10, IV. Remus, Schleißig, Könnigstr. 37, pt. Behmann, Lindenau, Wilmersdr. 40, pt. Wibera, Leutzsch, Hauptstr. 20, II.

Sozialdemokratischer Verein Leipzig-Ost.

Organisation zur Förderung der Beziehungen der Sozialdemokratischen Partei. Versammlungen alle 4 Wochen. - Wöchentliche Beiträge 10 Pf. Nicht aller sozialdemokratisch erkannten Gewerkschaften im Osten Schloß 18 es dem Verein als Mitglied anzuschließen.

Das Anknüpf-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten befindet sich im Geburger Hof, Windmühlenstraße 11, I. Etage.

Billiger wie überall!

Ich kann es!

Komplette Braut-Ausstattungen auf Abzahlung

von Mark 1.50 pro Woche an.

Bei 20 Mark Anzahlung

lieferen ich

- | | |
|----------------------|-----------------|
| 2 Bettstellen | 1 Tisch |
| 2 Matratzen mit Keil | 1 Spiegel |
| 1 Sofa | 1 Küchenschrank |
| 4 Stühle | 1 Küchentisch |
| 1 Kleiderschrank | 1 Küchenstuhl |

Große Auswahl Bettstellen und Matratzen, Schränke, Vertikos, Kommoden, Sofas, Divans und Garnituren u. s. w. schon von 5 Mark Anzahlung an.

Größte Auswahl in

Anzügen und Ueberziehern für Herren und Knaben
Damen-Konfektion und Kleidern

Kleiderstoffen, Gardinen, Teppichen
und sämtlichen

Manufakturwaren.

Uhren und Regulateure.

Kinderwagen.

N. Fuchs

Möbel- und Ausstattungs-Geschäft

Leipzig, Kurprinzstr. 13, I.

Jeder erhält Kredit.

Während der Messe Sonntags geöffnet.

Während der Messe Sonntags geöffnet.

Circa
1500
Herren-Anzüge
moderne
Damen-Umhänge
Jackets u. Paletots.
Anzahlung von 5 Mark an
nur bei
N. Fuchs
Leipzig
Kurprinzstr.
13, I.

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft.
Stets vorrätig:
Illustrierter
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1903.
Siebenundzwanzigster Jahrgang.
Preis 40 Pfg.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einlieferung
des Betrages nicht zu wenig für Porto in
deutschen Reichsmark.

Reparatur-Werkstatt
für Nähmaschinen aller Systeme
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.
(Frühere Firma: G. Neidlinger)
Leipzig, Augustusplatz 1.
Größtes und ältestes (6889
Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.
Auf der Pariser Weltausstellung wurde
den Original-Singer-Maschinen der
Grand Prix, der höchste Preis der
Ausstellung, zuerkannt.

Zur gefl. Beachtung!
Alle von anderen Nähmaschinen-
geschäften unter dem Namen „Singer“
angebotenen Maschinen sind einem
unserer älteren Systeme nachge-
baut, welches hinter unseren neueren
Systemen von Familien-Maschinen
in Konstruktions, Leistungsfähigkeit und
Dauer weit zurücksteht.

Die Austräger
d. Leipz. Volkszeitung
besorgen
die Wochenchrift:
In freien Stunden.
Romane, Erzählungen
für das
arbeitende Volk.
à Heft 10 Pfg.

Käufe und Verkäufe.
Möbel, Betten, Spiegel, Schränke etc.
zu verk. Plagwitz, Mühlentstr. 31.
1 prachv. Bettstelle, Matratze, Ober-
unterbett u. Kissen, zusammen für 28.
sof. zu verkaufen Brühl 46/48, Borsdorf.
Möbel, Spiegel, Polsterwaren preiswert
Königsplatz 22, W. Gaudig.
Güterh. Sofa billig zu verkaufen.
Emilienstr. 44, II. I.
Gebr. off. Wäschsch. u. Ofenrohrer bill.
zu verk. Reudnitz, Quisenstr. 1, I. I.
Güterh. Vorkeller billig zu verkaufen.
Lindenau, Bismarckstr. 27, Barbierh. G.

Verkaufe Waschleinen
circa 45-50 Meter, nur 1.20 Mk. per Stück
wegen Aufgabe des Artikels. (7470)
Hermann Brück, Sternwartenstr. 44.
Eine gebrauchte Nähmaschine
ist billig zu verkaufen.
Connwitz, Waldstr. 9, II.

Acetylen-Laternen.
Ein großer Vorrat billiger brennender
Laternen zu einem herabgel. Preise zu verk.
Curt Eule, Reudnitz, Dresdener Str. 53.
1 neue Acetylen-Laterne bill. zu verk.
Lindenau, Georgstr. 22, II. r.

42er Wulstwert (doppelt) bill., Polypion
u. v. Volkmarb., Eisenbahnstr. 86, IV. I.
Band- u. Leiterwagen d. Plagwitz, Bismarck-
str. 31 b. 3. Messe Augustusplatz 7. Meise.
Kinderwagen billig zu verkaufen.
Plagwitz, Mühlentstr. 12, II. I.

Verkaufe Kinderwagenreifen,
Pneumatiks, Luftschluche
in sehr guten Qualitäten zu sportbilligen
Preisen. (7489)
Hermann Brück, Sternwartenstr. 44.

Fahrradklarer
Elisenstrasse 12
repariert
Nähmaschinen
aller Systeme. (7488)
Eleg. Damenrad, neu, mit Garantiefel-
keln, sportbillig, Sebastian Bach-Str. 32.

Klein. el. Kochofen zu kaufen gesucht. Abz.
Plagwitz, Merseburger Str. 10, I. I. Dommes.
Reise für Händler z. Kauf gesucht, Offert.
erbeten Postamt Connwitz, L. 3480.

Wohnungsanzeigen.
Wohnungen der Neuzeit entspr., einger.
300-325 Mk. Vind., Merseburger Str. 30.
Logis, 210-270 M., pr. Okt. z. v. Grosssch.
L. Schönauerstr. 21, Erdgeschoss, Löffler.
Logis, St. R. S., z. 1./10. zu vermieten.
Neustadt, Ludwigstr. 53, IV. W.
Stube u. Kammer z. I. Off. zu verm.
Kleinshocher, Albertstr. 20, III. I.
Leere Stube u. Kammer zu vermieten.
Kleinshocher, Bahnhofstr. 2b, II. I.
Kleines Zimmer als Schlafstelle zu verm.
Reudnitz, Sigismundstr. 4, III. r.
Ftbl. Schlafstelle a. Herrn ob. Müsch. zu
verm. Lindenau, Merseburger Str. 51, I. r.
Ftbl. Schlafstelle, Herrn ob. Müsch. z. verm.
Plagwitz, Bismarckstr. 18, Stb. II. r.
Braup. f. i. Off. u. Logis z. I. Off.
Off. erb. Reudnitz, Neustadtstr. 10, I. I.
Ftbl. (1 St.) such. b. I./10. ff. v. I. Reust. Reust.
ob. Volkmarb. Off. Reust., Friedländerstr. 20, II. I.

Urteil!
Jede verständige Hausfrau urteilte bisher, daß
Lamps Wunder-Waschblau
in der That das beste Waschblau der Gegend ist. Lamps Wunder-Waschblau hinterläßt absolut
keinen Bodensatz, deshalb ein **Siretzwunder der Wäsche** gänzlich ausgeschlossen.
Einfachste Handhabung und glänzl.
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.
General-Grosso-Vertrieb: **Brendel-Company**, Leipzig, Neumarkt 30/32.
Hausfrauen, macht einen Versuch!

Goldene Medaille Für Bruchleidende Paris 1896.
Langjährige gründliche Erfahrung hat michem für jeden einzelnen Fall
sorgfältig in eigener Fabrik nach Maß gearbeiteten
Gürtelbruchband ohne Feder
einen nachweislich nach vielen Tausenden zahlenden Absatz verschafft. Für gutes
Wissen wird garantiert. Leib-, Hals- und Vorkleidbänder, Suspens. u. s. w.
Mein langjähriger erfahrener Vertreter ist mit Mustern wieder anwesend in
Leipzig Donnerstag, 11. September, 8-3, Herzog Ernst, Georgenstr.
7876] Bandagenfabrik L. Bogisch, Stuttgart, Ludwigstr. 75.

Neugebauer, stud. gebild., natl. nicht ge-
prüft, Praktikant d. Homöopathie u.
Naturheilmethode, früher an Dr. Willm.
Schwabes Poliklinik, behält, u. langj. Erf.
Geschlechtskrankh., d. M. u. Fr., Blasen-,
Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-, Leiden,
Arampfergeschwüre u. c. mit nachweislich
vorgügl. Erfolgen. **Königsplatz 1.**
Sprechst. 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1; u. ausw. briefl.

„Sauber“
vorzügliches Fleckwasser, bei
Gustav Hoffmann
Anger, Zweinaundorfer Str. 6.
Empfehle meine
Damenbinden
Gummifäden für Massage, Rücken-
und Krankenpflege. (8110)
Güternaugenbodel. Goldstetten für
zahnende Kinder. Preisliste 30 Pfg.
Frau Auguste Graf, Nikolaistraße 4.
Empfehle sämtliche
Gummiwaren
zur Wochen- und Krankenpflege.
Karl Klose, Leipzig 40, Brühl 5.
Haupt-Preislisteverschl. geg. 20 Pfg.-Marke.
Damen finden separate Frauenbedienng.

PALMIN
SIC
Feinste Pflanzenbutter
Preis pro Pfund 70 Pfg.
Zu jedem Pfund Palmöl erhält der
Käufer ein Serienbild. (3069)
Frauenleiden Frau Gossmann,
Leipzig-Lindenau, Josephstr. 34.

Cigarren, Cigaretten
und Tabak empfiehlt (5727)
E. Kriebler, 2. Plagwitz
Bismarckstr. 50.
NB. Abonnements auf die Volkszeitung
werden jederzeit entgegen genommen.
Wohlführen mit Möbeln oder Roll-
wagen, sowie Einlagerung von
Möbeln übernimmt **Hans Eitner**.
Wilschertstraße 2. (7808)
Sofa, Matratzen sowie alle Polster-
arbeiten werden dauerhaft ausgeführt.
Volkmarb., Gwasbstr. 9, S. I. R. Müller.

Bettstelle mit
Matratze
Schränke
Vertikos
Kommoden
Küchenschränke
Sofas
Divans
Chaiselongue
Spiegel
Kinderwagen
Uhren
Regulateure
5806] mit
5 Mark
Anzahlung
nur bei
S. Osswald
Königsplatz 7, I.
vis-à-vis
der Markthalle.

Sofort darauf zu warten.
Herrensohlen u. Absatzfedern v. 1.50 an
Damensohlen u. Absatzfedern v. 1.50 an
Kindersohlen u. Absatzfedern v. 0.80-1.50
Filderei, Schuhveränd. schnell, gut, billig
Gummizüge 1 A.
Dampfschnellschleifer **Winnzange?**
Gand-u. Geschäftsw. v. b. Neusa. Kirchstr. 67
Jetzt zur Messe auch Postfach, an d. Königsstr.

Gartengeräte.
Sägen, Beile, Hobel
Wasserwagen.
Spitz- u. Radehacken.
Schaufeln und Spaten.
Verz. Drahtgeflechte.
Werkzeuge für Maurer
Zimmerer, Tischler, Schlosser.
**Möbel- und
Baubeschläge.**

Alwin Richter
Eisenwarenhandlung
Reudnitz, Dresdener Str. 36
nahe am Rathaus. (791)
Hermann Baumann
2 Südstrasse 2
macht Freunde u. Genossen auf seine soliden
Arbeitssohlen und Jacken für Maurer,
Zimmerer, Schlosser u. c., Sohuhe, Stiefel
und Filzwaren aufmerksam. (7511)

Gebr. Singer-Nähmaschinen
von 15 Mk. an. Reparatur u. Ersatzteile
billig. Nähnerv. d. Original-Victoria.
Reparatur in der modernsten Anstalt.
H. Schube, Petersstraße 34, im Hof.
Dienstags u. Freitags **Schlachtfest**
von früh 7 Uhr an Weltfleisch.
E. Vetter, Täubchenweg 16.

Kohlen und Briketts Carl Einführer. Reudnitz: Felixstr. 31 und Dresdener Str. 54; Leipzig: Ranstädter Steinweg 49.

Anträge zum sozialdemokratischen Parteitag. Vorstandbericht.

- 1. Parteigenossen in Nürnberg: Den Parteivorstand ersuchen, in seinem Rechenschaftsbericht Auskunft zu geben, was er und die Reichstagsfraktion zur Durchführung der früheren Parteitagbeschlüsse gethan haben.
2. Parteigenossen in Wandsbred: beim Bericht des Parteivorstandes (Geschäftsbericht) die Frage gesondert zu behandeln: 'Wie stärken wir die Finanzen unserer Partei?'
3. Parteigenossen in Berlin VI: Die Delegierten zum Parteitag sind beauftragt, Protest gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes (in betref der Versicherung der Partei-Angestellten) einzulegen.
4. Parteigenossen des III. Hamburger Wahlkreises (Distrikt Hamm): Das Ansehen des Vereins 'Arbeiterpresse', welches dahin geht, inaktiven Redakteuren und Angestellten sowie deren Witwen und Waisen, soweit die Versicherung auf Kosten der Partei oder Gewerkschaften geschehen soll, zu verhindern, ist abzulehnen und zwar solange bis wir den Zukunftsstaat erkämpft haben.
5. Parteigenossen in Breslau, Bremen, Salze-Mischerleben, des Kreises Stegnitz-Goldberg-Hagnau, Berlin V und Magdeburg: In einem besonderen Punkte der Tagesordnung unsere Stellung zu den Wahlkämpfen in den Einzelstaaten und besonders zu den preussischen Landtagswahlen zu erklären.
6. Parteigenossen in Magdeburg: Stellungnahme zu den preussischen Landtagswahlen, eventuell durch Berufung eines besonderen Parteitagess für Preußen.
7. Parteigenossen in Berlin V: Den Punkt 'Kommunalpolitik' event. weglassen zu lassen.
8. Parteigenossen in Magdeburg: 'Die Wirtschaftskrisen' auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wenn nicht im Referat des Genossen Bebel oder in dem des Genossen Molkenbuhr diese Frage eingehend behandelt werden sollte.
9. Parteigenossen in Bremen: Bei dem Punkt 'Arbeiterversicherung' der Tagesordnung sich zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosen- und Witwen- und Waisenversicherung zu erklären.

Tatill.

- 10. Parteigenossen des 170. Stadtbezirks Berlin O.: dahin zu wirken, daß bei eventuellen Stichwahlen zwischen einem Kandidaten der freisinnigen Partei und einem solchen einer anderen bürgerlichen Partei die Parteigenossen des in Frage kommenden Wahlkreises sich der Stimmabgabe zu enthalten haben.
11. Parteigenossen in Greifswald-Grimm: Die Parteigenossen werden verpflichtet, in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen. Im Falle einer Stichwahl, bei welcher ein Parteikandidat nicht in Frage kommt, ist mit Rücksicht auf die in letzter Zeit besonders zu Tage getretene erbärmliche Schlappeit und Wortbrüchigkeit der bisher von uns unterstützten bürgerlichen Parteien strikte Stimmhaltung zu proklamieren und zu üben.
12. Parteigenossen in Berlin III: Die Sonder-Kandidaturen der polnischen sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien sind zu verwerfen.
13. Parteigenossen in Breslau: Die von der Bahorfer Konferenz der ober-schlesischen Genossen aufgestellten Reichstagskandidaten sind als die rechtmäßigen Kandidaten der sozialdemokratischen Partei anzuerkennen und ist der Parteivorstand zu ersuchen, diese Kandidaturen durch finanzielle Mittel nach Kräften zu unterstützen.
14. Parteigenosse Wittau und 27 Genossen in Badze protestieren gegen die Beschlüsse der Bahorfer Konferenz in Bezug auf die Kandidatur im Wahlkreise Kattowitz-Badze und verlangen Aufhebung des bezüglichen Beschlusses.
15. Parteigenosse Leblus in Dresden: Die politische und gemeinschaftliche Sonderorganisation der polnischen Sozialdemokraten ist berechtigt, weil die Polen in der deutschen Organisation in Folge ihrer völligen oder teilweisen Unkenntnis der deutschen Sprache benachteiligt sind. — Auch eine Sonderorganisation, die die polnischen Sozialdemokraten aus nationalen und nicht nur aus praktischen Gründen schaffen, dürfen wir als Vorkämpfer der internationalen Brüderverbrüderung nicht bekämpfen. Inwieweit stelle sich die deutsche Sozialdemokratie auf den Standpunkt der Schulmeister von Dresden. Internationalität schließt Nationalität nicht aus, wie schon Plekhanoff 1897 in Hamburg ausführte. — Uebrigens, wo eine gemeinsame Aktion beider Nationalitäten wünschenswert ist, z. B. bei Wahlen und Lohnkämpfen, möge eine Verständigung auf Grund der Stärkerenhältnisse beider Organisationen stattfinden.
16. Parteigenossen in Kugsburg: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Polemiken von Parteigenossen, welche an Artikeln von Parteiorganen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Parteiorganen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren gepflogen werden.

Organisation.

- 17. Parteigenossen in Magdeburg: In § 8 des Organisationsstatuts statt 4 Wochen 8 Wochen zu setzen.
18. Parteigenosse Friedrich Kölle in Nürnberg: Im Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei ist in § 2, Abs. 1 hinter die Worte 'schuldig gemacht hat' der Satz anzufügen: 'Gegen Parteigenossen, die aus einer Landesorganisation ausgeschieden wurden, ist der Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei zu stellen.'
19. Parteigenosse Karl Windhoff in Düsseldorf: Der § 1 des Parteiorganisationsstatuts erhält folgende Fassung: 'Der Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsatzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel oder durch anhaltende agitatorische Tätigkeit unterstützt.'
20. Die Kreisversammlung des Wahlkreises Salze-Mischerleben: Die Tagesordnung des Parteitages ist früher als bisher zu veröffentlichen.
21. Parteigenosse Ernst Glos und 12 Genossen in Neu-Weikensee bei Berlin: Es ist nicht statthaft, daß die einzelnen Wahlvereine Bestimmungen in ihren Statuten haben, wonach sämtliche Vorstandsmittelglieder auch einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müssen.
22. Der Kreisstag des Merseburger-Querfurter Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, daß Leute, die als Sozialdemokraten eine gegnerische Zeitung redigieren und in dieselbe Artikel aufnehmen, die die sozialdemokratische Partei mit Schmutz bewerfen, aus der Partei auszuschließen sind.
23. Parteigenossen des II. Hamburger Wahlkreises: Auf dem Parteitag sind nur die von den Parteigenossen gewählten und mit Mandat versehenen Delegierten stimmberechtigt.
24. Parteigenossen in Grade bei Dortmund: Der Parteivorstand wird auf ein Jahr gewählt. Nach einem Jahr darf nur die Hälfte der Personen von dem alten Vorstand wiedergewählt werden. Diejenigen Personen des alten Parteivorstandes, die zur Wahl zugelassen werden, werden durch das Los bestimmt. Die ausgeschiedenen Mitglieder des Parteivorstandes sind in den ersten zwei Jahren als Vorstandsmittelglieder nicht wählbar.
25. Parteigenosse R. Falter, VI. Wahlkreis, Berlin: Der Parteitag möge im Interesse der Realisierung unseres Parteiprogramms von einer Wiederwahl der jetzigen Mitglieder des Parteivorstandes Abstand nehmen.
26. Parteigenosse Fr. Faust-Biesbaden: Hat die große Mehrheit der Parteigenossen in einem Wahlkreise zum Zwecke des engeren Zusammenchlusses und zur Entfaltung einer kraftvolleren Agitation als Centralorganisation einen 'Kreis-Wahlverein'

gegründet, so sind die übrigen Parteigenossen verpflichtet, dieser einheitlichen Organisation beizutreten. — Verliche Wahlvereine werden neben der Centralorganisation im gleichen Wahlkreise nicht anerkannt, dieselben haben umgehend ihren Beitritt zur Centralorganisation zu bewirken. — Der jeweilige 1. Vorsitzende eines Kreis-Wahlvereins ist Kreis-Vertrauensmann. — In Stelle der Kreis-Konferenz tritt die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins.

Agitation.

- 27. Parteigenossen in Bromberg: Den Wahlkreis Bromberg in jeder Beziehung agitatorisch mehr als bisher zu unterstützen.
28. Parteigenossen in Solingen: Der Parteivorstand möge durch Bereitstellung von Mitteln dafür Sorge tragen, daß eine regere und wirksamere Agitation gegen das Centrum in den Rheinlanden entfaltet werden kann.
29. Parteigenossen des II. Nassauer Wahlkreises, Wiesbaden: Der Parteivorstand möge in Gemeinschaft mit der Fraktion gleich nach dem Parteitage mit aller Energie den Wahlkampf eröffnen, besonders durch Entsendung von Rednern in die einzelnen Wahlkreise.
30. Parteigenossen in Breslau: Für die nächsten Reichstagswahlen ist eine Liste sämtlicher sozialdemokratischer Kandidaten im Reiche herauszugeben. Dieselbe soll ungefähr drei Monate vor dem Wahltermin erscheinen und in späteren Auflagen ergänzt werden.
31. Parteigenossen in Gr.-Ottersleben: Den in der Provinz erscheinenden Parteiblättern ist von Zeit zu Zeit zur Hebung der Landagitation die Herausgabe eines den lokalen Verhältnissen angepaßten Agitationsblattes dadurch zu ermöglichen, daß ihnen auf Antrag eine materielle Unterstützung gewährt wird.
32. Parteigenossen in Köln: Der Parteivorstand wird mit der Herausgabe von Broschüren beauftragt, in denen Stellung und Haltung des Centrums, namentlich zu den indirekten Steuern und Zöllen, des Arbeiterschutzes und des Militarismus und Marxismus in entsprechender Weise beleuchtet wird. Der Preis der Broschüren darf 10 Pfg. nicht übersteigen.
33. Parteigenossen in Düsseldorf: Um den Kampf gegen das Centrum zu fördern, wird der Parteivorstand beauftragt, den Genossen, welche in den Centrubomben tätig sind, auch die nötigen Agitationsmittel in die Hand zu geben. Durch einen geeigneten Schriftsteller sind die Flugblätter der Centrubomben zu sammeln und die darin enthaltenen Unrichtigkeiten auf ihren wahren Sachverhalt zurückzuführen, um so den agitatorisch tätigen Genossen die Möglichkeit der Widerlegung zu geben.
34. Parteigenossen in Heilberg: Durch aufklärende und belehrende Broschüren den Parteigenossen Mittel und Wege an die Hand zu geben, wie der Kampf gegen das Centrum zu führen ist.

Bresse.

- 35. Die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen: Die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenchrift 'Gajeta Lubowa' aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen.
36. Der Wahlverein Metz in Lothringen: Es sind die Mittel flüssig zu machen zur Herausgabe einer Parteibuchzeitung für Lothringen, die in deutscher und französischer Sprache erscheint.
37. Parteigenossen in Karlsruhe: In Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, für Partei-Organen in der Provinz einen den Raumverhältnissen dieser Blätter entsprechenden Reichstagsbericht von Parteigenossen herzustellen zu lassen.
38. Parteigenossen Berlin IV: In unserem Partei-Organ, dem 'Vorwärts', ein Fremdwörter-Verzeichnis einzurichten, um in manchen wichtigen Fragen ein leichteres Verständnis für die Leser zu erzielen.
39. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Den Parteivorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift veranlassen zu wollen, welche in eingehender Weise das Streben des katholischen Klerikalismus zur Erlangung der politischen, sozialökonomischen und allgemein geistigen Welt Herrschaft behandelt.
40. Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu ersuchen, eine gute, erschöpfende Broschüre ausarbeiten zu lassen, die den Genossen Material gegen das Centrum liefert.
41. Parteigenossen in Mühlheim a. Rh.: Ueber das Verhalten der Centrubomben in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen eine Broschüre herauszugeben, welche den Parteigenossen in den katholischen Wahlkreisen ein Ratgeber im Wahlkampfe ist.

'Neue Zeit.'

42. Parteigenossen in Hannover und Karlsruhe-Bruchsal: Die 'Neue Zeit' ist wieder in eine Monatschrift umzuwandeln und der Bezugspreis möglichst billig anzusetzen.

'Neue Welt.'

43. Dieselben und die Parteigenossen in Heilberg und Düsseldorf: Der Verlag der Sonntag-Beläge 'Die Neue Welt' ist anzupathen, daß in der der 'Neuen Welt' beigelegten Annoncen-Beläge nur solche Inserate Aufnahme finden, welche einen schwindehastigen Inhalt nicht haben.

44. Die Parteigenossen in Breslau: Die Inseraten-Beläge zur 'Neuen Welt' ist unter strengerer Kontrolle der aufzunehmenden Annoncen auch für die Zukunft beizubehalten.

Der 'Wahre Jakob.'

45. Die Parteigenossen in Görtlich-Lauban: Daß der 'Wahre Jakob' wieder wie in früheren Jahren mehr belehrende Artikel bringt.

Kalender.

46. Parteigenossen in Randow-Greifenhagen: Der Verkaufspreis des Arbeiter-Kalenders wird von 60 auf 50 Pfg. ermäßigt. Der Bezugspreis für Buchhandlungen und Kolportiere von der Verlagsanstalt bleibt unverändert. — Die Inseratenblätter werden in Zukunft nicht mehr in die Mitte, sondern ganz zuletzt am Schluß des Kalenders eingeheset.

47. Parteigenossen im III. Berliner Wahlkreis: Der Preis des 'Neuen Welt-Kalenders' ist auf 80 Pfg. festzusetzen.

'Mafest-Zeitung.'

48. Parteigenossen von Karlsruhe-Bruchsal, Heilberg, des I. Württembergischen Reichstags-Wahlkreises und die Parteigenossen zu Höpferstorf: Es sei in Zukunft für bessere künstlerische Ausgestaltung der 'Mafest-Zeitung' Sorge zu tragen.

49. Die Parteigenossen des III. Hamburger Wahlkreises erheben Protest gegen die illustrative und textliche Ausgestaltung der diesjährigen 'Mafest-Zeitung', die nicht den Erwartungen entspricht, welche mit Recht an einer 'Mafest-Zeitung' mit solcher Massenauslage gesetzt werden darf. Die Mitglieder wollen, daß durch die 'Mafest-Zeitung' in Bezug auf Illustration und Text das Beste geboten wird, was zu erreichen ist.

50. Die Parteigenossen in Kaiserslautern: Der künstlerischen Ausgestaltung der 'Mafest-Zeitung', 'Mafest-Zeitung', Neujaresnummer usw. eine größere Aufmerksamkeit zu widmen, um zu verhindern, daß künstlerisch minderwertige Erzeugnisse, wie sie in jüngster Zeit herausgegeben wurden, mit dem Grundsatze: 'für die Arbeiter ist das Beste gerade gut genug' fernerhin in Konfision geraten.

Broschüren und Flugblätter.

51. Parteigenossen in München: Es sei halbmöglichst die Herausgabe einer Broschüre zu besorgen, in welcher die Landtags-Wahlgesetze der verschiedenen deutschen Bundesstaaten, einschließlich der Reichslande und Hansestädte, enthalten sind. Desgleichen soll

an der Hand von praktischen Beispielen das Wahlverfahren in den einzelnen Staaten geschildert werden; sowie die verschiedenen Abänderungsanträge bezüglich der Wahlgesetze, wie sie von unseren Genossen eingebracht wurden, angefügt sein. Zum Schluß soll in gedrängter Form das System der Proportionalwahl, wie wir es in unserem Punkt I unseres Programms fordern, dargelegt werden.

52. Parteigenossen in Striegau: Noch in diesem Jahre ein Flugblatt für ganz Deutschland herauszugeben, in welchem die Tätigkeit der Fraktion im Reichstage in einer für die Landbevölkerung leicht verständlichen Weise geschildert wird.

53. Parteigenossen in Karlsruhe-Bruchsal: Es ist die Herausgabe einer Schrift zu veranlassen, in welcher die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinde behandelt werden. Dieser Schrift sind als Anhang die bestehenden sozialdemokratischen Kommunalprogramme für die Einzelstaaten beizufügen.

54. Parteigenossen von Berlin VI, Elise Haubold und sechs Genossen aus Arnstadt, Karl Friz und zwölf Genossen in Gotha, Oskar Frau und 156 Genossen in Stuttgart, Wilhelm Giehn und 16 Genossen in Berlin, Felix Fränkel und 27 Genossen in Berlin, Joh. Wellmayer und 20 Genossen in Berlin, Parteigenossen in Stettin, Parteigenossen in Breslau, W. M. Niehse in Charlottenburg, Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises, Dr. med. Georg Kieferstein in Steglitz bei Berlin, Parteigenossen von Metz in Lothringen: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuwirken.

Mafestier.

55. Parteigenossen in Düsseldorf: Die Parteigenossen des ganzen Reiches sind verpflichtet, energischer als bis her für die allgemeine Arbeitsruhe am Tage des 1. Mai einzutreten.

Parlamentarisches.

56. Parteigenossen in Magdeburg vernissen im Verichte der Fraktion ein Eingehen auf die so brennend gewordene Wohnungsfrage, speziell eines Reichs-Wohnungsgesetzes, und erwarten in der nächsten Tagung ein energisches Eingreifen.

57. Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ihr Verprechen, dem Reichstage eine Aenderung und Verbesserung des Krankenversicherungsgesetzes in Vorlage zu bringen, endlich erfüllt. Ferner wolle die Fraktion dahin wirken, daß bei der vorzunehmenden Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes eine Vereinblichung und Erweiterung der Krankenversicherung stattfindet und eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Lohnarbeiter einschließlich der Hausgewerbetreibenden sowie der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten erfolgt.

58. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises erwarten, daß die Fraktion bei Beratung der Arbeiterversicherungsgesetze dafür eintritt, daß alle Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 Mk. pro Jahr nicht übersteigt.

59. Die Kreisversammlung des 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird beauftragt, bei der Beratung des Marine-Etats die Reichsregierung über die von ihr gelübte Auslegung des § 616 des B.-G.-B. in den Reichs-Werftbetrieben zu interpellieren und die Durchführung der betreffenden Bestimmungen des § 616 zu fordern.

60. Parteigenossen in Solingen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge in der nächsten Legislaturperiode ernstlich daran gehen, einen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages auszuarbeiten und im Reichstage zur Besprechung und Annahme vorzulegen. Es wäre empfehlenswert, als Grundlage des Entwurfs die im Vormärz veröffentlichten Vorschläge des Genossen Parvus-München zu benutzen.

61. Parteigenossen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises: Es sind im Reichstage und in den Landtagen Anträge zu stellen auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für sämtliche Staatsbetriebe, und dieselben eingehend zu begründen.

62. Parteigenossen des V. Berliner Wahlkreises: Es ist ein Initiativantrag auf Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter einzubringen.

Parlamentarisches Handbuch.

63. Parteigenossen in Köln a. Rh.: Vor den nächstjährigen Reichstagswahlen rechtzeitig ein kleines, handliches W.-G.-Büchchen herauszugeben. In dem Büchchen sollen nur die für den Kleinkampf (z. B. bei der Agitation am Bierisch und der Flugblattverbreitung etc.) notwendigsten Zahlen, Daten und Citate nach die Materie leicht faßlich kennzeichnenden Stichworten alphabetisch geordnet enthalten sein. Der Preis des Büchchens soll bei Massenbezug 30 Pfg. nicht übersteigen.

64. Parteigenossen in Düsseldorf: Zur nächstjährigen Reichstagswahl wieder ein Handbuch für Reichstagswähler analog dem 1898 erschienenen herauszugeben, unter besonderer Berücksichtigung des Centrums.

65. Parteigenossen in Iserlohn: Wiederum ein Handbuch für sozialdemokratische Wähler herauszugeben, wie bei den Reichstagswahlen 1898, wovon jeder Ort 9 Exemplare gratis erhält.

66. Parteigenossen in Lübeck: Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler zur nächsten Reichstagswahl so frühzeitig herauszugeben, daß es Genossen, welche agitatorisch wirken, ermöglicht wird, genügende Einsicht in dasselbe zu nehmen, um es bei der Reichstagswahl auch in wirksamer Weise verwerten zu können.

67. Parteigenosse Karl Meist, Köln: Ein parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei der bevorstehenden Reichstagswahl herzustellen. Dasselbe ist zu einem möglichst billigen Preise abzugeben.

Parteitag.

68. Parteigenossen in Kottbus: Den Parteitag 1903 in Kottbus abzuhalten.

69. Parteigenossen in Stettin, Randow-Greifenhagen, Greifswald-Grimm: Der nächstjährige Parteitag möge in Stettin stattfinden.

70. Parteigenossen in Bremen: Den nächsten Parteitag in Bremen stattfinden zu lassen.

71. Parteigenossen in Mannheim: Den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

72. Parteigenossen in Berlin: Oskar Roselowski-Berlin; Felix Fränkel und siebenundzwanzig Genossen in Berlin; Wilhelm Hietz und sechzehn Genossen in Berlin; Parteigenossen in Breslau; Elise Haubold und sechs Genossen in Arnstadt; Karl Friz und zwölf Genossen in Gotha; Dr. med. Kieferstein in Steglitz bei Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: 'Muß die Sozialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?'

73. Parteigenossen in Braunschweig: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: 'Die Verstaatlichung des gesamten Schulwesens.'

74. Parteigenossen in Dresden: Am Schluß des Protokolls vom Parteitage sind die auf denselben angenommenen Beschlüsse und Resolutionen wiederzugeben.

75. Parteigenossen in Lechhausen: Der Preis für das Parteitag-Protokoll darf 30 Pfg. nicht übersteigen.

Resolutionen.

76. Parteigenossen in München: Angesichts der horrenden Verteuerung der Lebensmittel und insbesondere des Fleisches, wie sie jetzt aus einer Anzahl deutscher Städte, so auch aus München gemeldet wird, regt die heutige Versammlung an, daß der Parteitag Stellung nehmen möge, wie auf neue und in eingehender Weise noch wie bisher, durch eine massenhafte Agitation dem volkswirtschaftlichen Treiben der Lebensmittelverteurer Einhalt zu gebieten versucht werden kann.

77. Parteigenossen in Oberschlesien: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie drückt seine Sympathie aus dem russischen Proletariat, das im schweren Kampfe gegen Selbstherrschertum und wirtschaftliche Ausbeutung steht und sendet ihm brüderliche Grüße. Gleichzeitig giebt er seiner Entrüstung über die Dienstlosigkeit, die den russischen Schergen von oberclassischen Polizeiorganen geleiht werden und verlangt von der deutschen Reichsregierung, daß sie diesem eines Kulturstaates unwürdigen Zustande schleunigst ein Ende bereite.

78. Parteigenossen in Braunschweig: Der Parteitag erklärt sich, daß die heutige Organisation des Schulwesens der Weiterentwicklung desselben nicht förderlich ist, für die Übernahm der Kosten des Schulwesens durch das Reich. Die Verwaltung der Schulen obliegt den Kommunalbehörden.

79. Parteigenosse John Erb, Hamburg: Zur Hebung der sanitären Verhältnisse des deutschen Reiches erklärt der diesjährige Parteitag es für eine absolute Notwendigkeit, daß folgende Forderungen durch reichsgerichtliche Bestimmungen nach einheitlichen Mäßen geregelt werden:

1. Das Bau- und Wohnungswesen.
2. Die Reinhaltung der Wasserströme (Flüsse etc.).
3. Die Reinhaltung der Abwässer, Kloaken, zum Vorteile der Landwirtschaft, insbesondere des Waldbestandes.
4. Die Errichtung einheitlicher Sanatorien (Krankenhäuser).
5. Diese Sanatorien sollen Abteilungen erhalten:
 - a) für alle vorzukommenden Krankheiten;
 - b) besonders für Nervenkranke unter successivem Wegfall der Irrenanstalten;
 - c) Abteilungen, um in erster Linie durch die Naturkräfte (Sonnenlicht, Luft, Bäder, Wohl der Diät), in zweiter Linie durch die technischen Hilfsmittel (Chirurgie, Orthopädie, Elektricität, Gymnastik, Massage) zweckentsprechende Heilerfolge zu erzielen;
 - d) Erziehung derjenigen Kräfte, welche sich dem besonderen Studium der somatischen Heilbehandlung der angeführten Krankheitsformen widmen und Gegner von zweck- und nutzlosen Experimenten (Wollsekktion, Impfwang) sind.
6. In jedem Sanatorium ist die Vorkehrung zu treffen, daß jeder Kranke jederzeit mit seinen Angehörigen brieflich verkehren kann, daß das Briefgeheimnis gegenüber kranken Personen gewahrt wird.
7. Jede Gemeinde ist verpflichtet, eine Jury einzusetzen von drei oder mehreren vorurteilslosen Personen aus dem Volke, die als Rechtsbeistand eines jeden Kranken fungieren und demgemäß alle Klagen, Beschwerden des Kranken und seiner Angehörigen prüfen und sowohl angängig, Abhilfe schaffen.
8. In jedem Falle muß die Person des Kranken respektiert werden und sein Wille nach Möglichkeit Berücksichtigung finden.
9. Jede Gemeinde ist ferner verpflichtet, für die in dem Gemeindegelände geborenen oder leihhaften Krüppel und schwer Nervenkranken insofern zu sorgen, daß selbige einer sofortigen Heilung entgegengeführt werden; daß ferner für Krüppel, wenn notwendig, die praktikabelsten künstlichen Glieder etc. durch die Gemeinde angeschafft werden.
10. Die Korrigierung, Erneuerung solcher Apparate bestimmt das Verzeichnis des vorhandenen Sanatoriums; ist eine Gemeinde zu arm, so ist Hülfe vom Reiche zu gewähren.
80. Parteigenossen von Rastenburg: Der Parteitag erklärt:
 1. Es ist Pflicht unserer Gemeindevorsteher, dafür einzutreten, daß alle kommunalen Unternehmen in eigener Regie ausgeführt werden;
 2. daß die Wasserentnahme bei städtischen Wasserwerken kostenlos erfolgt, außer zu gewerblichen Zwecken;
 3. daß unsere Vertreter einzutreten haben für die Einführung einer Grundsteuer, wodurch die in die Wohnungsbauzone einbezogenen Grundstücke nach ihrem wirklichen Werte versteuert werden, um den durch die Gemeinde bedingten Wertzuwachs wenigstens zum Teil auch dieser zuzueignen;
 4. daß die Bewilligung von Mitteln für höhere Lehranstalten so lange nicht ohne weiteres zu bewilligen sind, bis die Volksschule den gerechten Anforderungen genügt;
 5. daß die Bewilligung von Mitteln für Kirchen, Denkmäler etc. sowohl zur Herstellung als zur Restaurierung, aus Gemeindegeldern abzulehnen ist, wenn damit religiöse oder dynastische Zwecke verfolgt werden oder dieselben zur Beherrschung des Volkes dienen.

Allgemeiner Genossenschaftstag.

p. Kreuznach, 3. September.

Die Eröffnung des Allgemeinen Genossenschaftstages geschieht durch Verbandsanwalt Albert Weschden. Landrat Nicolaus begrüßt im Namen des Festsaalbesuchers die Versammelten. Darauf scheidet man zur Feststellung der Präsenzliste, eine Arbeit, die die allgemeinen Genossenschaftstage noch nie beschäftigt hat. Die Mandate werden einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und es erhalten nur Stimmkarten diejenigen, die eine ordentliche Vollmacht besitzen. Der Anwalt Dr. Erüger teilt hierauf mit, daß eine Reihe von Genossenschaften ausgeschlossen werden sollen. Auf Erügers Vorschlag teilt er die Namen der Vereine mit. Danach wird der ganze sachliche Verband Vorwärts mit 67 Vereinen ausgeschlossen, im ganzen werden 98 Vereine außerhalb der Grenzen des Allgemeinen Verbandes gesetzt.

Die Tagesordnung wird insofern geändert, daß der heutige Mittwoch den allgemeinen Angelegenheiten gewidmet wird. Geheimrat Regierungsrat Brümmer, Regierungs-Minister Dr. Siller und vier andere sind als Gäste erschienen.

Der große Saal ist gedrängt voll von Delegierten. Der Vorsitzende gedenkt des Ablebens des verstorbenen Direktors Krügel und anderer und giebt einen Rückblick über die genossenschaftliche Entwicklung des Verbandes.

Geheimrat Brümmer dankt für die Einladung und sagt, daß die königliche preussische Regierung dem Genossenschaftswesen jederzeit entgegenkommen würde. Er wünscht, daß die Verhandlungen zum Segen der Vereine gedeihen möchten.

Bürgermeister Kirchstein-Kreuznach sagt Gastlichkeit der pfälzischen Bürger den Delegierten zu. Den Handwerkern Kreuznach thut genossenschaftlicher Zusammenschluß not; er bewillkommt die Delegierten.

Jakob Frisch-Wudapest bringt Grüße der ungarischen Genossenschaften.

Hierauf giebt Anwalt Dr. Erüger seinen Bericht. Mit Rücksicht auf die Bedeutung des diesjährigen Genossenschaftstages habe er einen ausführlichen Bericht aus seiner Jahresstatistik gegeben. Bei den Kreditgenossenschaften besteht Geldüberschuß. Bei den Konsumvereinen ist die Kaufkraft zurückgegangen. Die Baugenossenschaften sind von der wirtschaftlichen Krise gar nicht betroffen, sie bewegen sich auf gelunder Basis. Wir dürfen mit Genugthuung auf die Entwicklung unseres Verbandes zurückblicken. Bei den Erfolgen dürfen wir nicht stehen bleiben. Der Verband sei im letzten Jahre arg angegriffen worden. Die Wissenschaft habe das Wesen der Genossenschaften immer gefördert, heute sei das anders. Leute, die glaubten Vertreter der Wissenschaft zu sein, bekämpften die alten Anschauungen des Verbandes. Er acceptiert den Vorwurf, Kleinbürgerliche Genossenschaftspolitik zu treiben. Wollten

wir ernsthaft Wirtschaftspolitik treiben, so müssen wir ganz besonders die Handwerker-Genossenschaften schützen. Die Handwerker-Genossenschaften seien zu bekämpfen, da sie alles in ihren Verband aufnehmen, Kaufleute, Bankwirte und andere, sie seien nicht die von Schulz-Delblich gewünschte Form der Kreditgenossenschaften. Der Erlaß des preussischen Ministeriums sei bekannt gegeben und es sei sehr bedenklich, daß die Blätter der Handwerker und die Handwerkskammern diesen Erlaß ignorieren. Wir wünschen die Entwicklung der Genossenschaften, aber sie müssen sich auf gelunder Basis bewegen. Bedauerlich seien Vorgänge wie in Bayern, wo der Leiter des Verbandes durch das Los bestimmt werden soll. Die Enquete, die der Anwalt aufgestellt hat, sind von höherer Stelle anerkannt worden. 600 Kreditgenossenschaften haben Berichte eingeleistet. Lauterkeit gebe es fast nicht, die Gehälter seien niedrig. Die Steuerfrage wird bei den Genossenschaften immer mehr ausgezogen, speziell in Bayern und zuletzt in Preußen. Es herrsche wenig Verständnis in den Kommunalverwaltungen gegenüber den Genossenschaften. Der Verkehr der Kreditgenossenschaften untereinander sei nicht immer gut gewesen, da gewöhnlich die schwächsten den Anschluß an andere Genossenschaften suchen. Im Königreich Sachsen will man alle Bundesstaaten überbieten, man will Handwerker-Genossenschaften Kredite zu 1 1/2 Prozent geben und davor sei zu warnen. Der Handwerker muß tief gesunken sein, wenn er auf diese verlockenden Anbietungen eingehe. Alle Verhandlungen dieser Genossenschaften müssen von Regierungsvorstehern überwacht werden. Die genossenschaftliche Entwicklung auf landwirtschaftlichem Gebiete ist dieselbe geblieben, es zeigt sich die Sucht zu Ringbildungen. Die Verwirrung bei diesen Genossenschaften ist so groß, daß ein Ausweg nicht zu finden ist. In Polen hat sich eine Gegenseitigkeit des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gebildet. Mit Hilfe des Staates Kornhausgenossenschaften zu gründen, sei verwerflich, der Verband habe davor immer gewarnt.

Die sozialdemokratische Partei besaße sich eingehend mit den Genossenschaften. Nicht die sozialdemokratische Fraktion sei es, die diese Thätigkeit betreibe, aber eine Reihe von sozialdemokratischen Zeitungen. Diese Bewegung sei vom Königreich Sachsen ausgegangen. Als in Baden-Baden der Revers eine große Rolle spielte, aber nur als papirner Schutz bezeichnet wurde, habe er den Revers fallen lassen. Die Thesen seien in Baden gegen wenig Stimmen angenommen, aber die sozialdemokratischen Blätter hätten sich gegen sie gewandt. Wer die Thesen nicht befolgen wolle, gehe hinaus. Seine Person sei wiederholt angegriffen worden. Es ist nun genug Verstecken gespielt worden, jetzt müsse es deutlich gesagt werden. Neutralität der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung sei dasselbe wie Neutralität der Gewerkschaftsbewegung. Die Konsumgenossenschaften seien zu Klassenorganisationen herabgedrückt worden, dadurch geht das Genossenschaftswesen verloren. Das Buch von Dr. Niehu sei eine Schmähschrift ersten Ranges, es sei ungeschickt. In der letzten Nummer des Wochenberichts sei der Beweis erbracht, daß die Konsumvereine nicht mehr in den Allgemeinen Verband gehören. (Großes Händelstischen seitens der Kreditgenossenschaftler.) Die Zeitungen der Konsumvereine seien ausschließlich aus Vertretern der sozialdemokratischen Partei bestellt, das sei außerordentlich bedenklich. 600 Konsumvereine haben berichtet. Er warnt vor Errichtung der Sparkassen, vor Eigenproduktion und vor Errichtung vieler Filialen. Wir haben in Hannover den Kaufleuten die Genossenschaftsform empfohlen und sind darüber sehr angegriffen worden, dennoch errichte man schon heute bei diesen Genossenschaftsorganisationen Zuckerrüben. Die Agitation der Konsumvereine muß nun aufhören. Die Vereine, die die Minimierung des Handels wollen, hören auf Selbstzweck zu betreiben. Auf den Unterhandlungen habe dieses Jahr reges Leben geherrscht, jedoch habe es den Anschein, als ob sich die Einkaufsvereinigungen zu Unter-Unter-Verbindungen herausbilden. Sollen wir mit verdrängten Armen zusehen, wie der Mittelstand ausgeschaltet wird, nur um dem Großhandel die Zukunft zu überlassen? Wenn eine Richtung es dahin bringen wollte, alles auszuschließen, was der Verband bisher wollte, so müssen die Wege ausnahmslos gehen. (Verhaftes Bravo.)

Hierauf erhält das Wort Herr Dr. Niehu. Er habe nicht eine Biographie Schulz-Delblich schreiben wollen, sondern eine Kritik der heutigen genossenschaftlichen Verhältnisse. Wenn man darüber ungehalten sei, daß die Wissenschaft sich an der Beurteilung der genossenschaftlichen Frage beteilige, so müsse man es doch dem berechtigten Teil lassen, sich entschieden darüber zu äußern. (Hierauf bringen die Kreditgenossenschaftler in tumultuarischer Weise Klatschen aus und beschuldigen den Redner von der Tribüne herunterzuschreien, es ginge aber einer energischen Opposition, den Redner zum Schluß gelangen zu lassen.) Dr. Erüger ist bestrebt, Herrn Dr. Niehu in der höflichsten Form zurechtzuweisen.

v. Elm: Es habe den Anschein, als brauche Dr. Erüger auch zu ein kleines Attentat, um seine Anschauung immer gehörig zu beleuchten. Herr Erüger ist derjenige, der den Angriff geleitet hat, wir müssen darauf die Verteidigung übernehmen. Es fällt uns Sozialdemokraten nicht im Traume ein, die heutige Wirtschaftsordnung durch die Konsumvereine beseitigen zu wollen. Befinden wir uns denn nicht immer in einer beständigen Nöherung der heutigen Verhältnisse? Welt wird das oft ausgesprochen, deshalb bekämpfen sie uns. Wir wollen den Schwachen wirtschaftlich helfen. Die Stellung des Anwalts gegenüber den Konsumvereinen ist eine feindselige. Wir modernen Deutschen wollen es den Engländern nachmachen, was dort schon längst erreicht ist, wollen wir erreichen. (Verhaftes Bravo und Händelstischen.) v. Elm muß abbrechen, da seine Redezeit von 10 Minuten abgelaufen ist.

Peus: Will man das Genossenschaftswesen fördern, so kann man auch nicht ändern, daß das Krämerwesen beseitigt wird. Wollen Sie das nicht, so treiben Sie keine Genossenschaftspolitik. (Tumult, Schlußruf.) Das Konsumvereinswesen kommt nicht zum Höhepunkte gelangen, bis sich endlich die Industriearbeiter den Konsumvereinen widmen. In seinem Dessauer Konsumverein hat der Verein erst seit 1 1/2 Jahr über 2000 Mitglieder mit ungefähr einer halben Million Umsatz. Wir wollen keine Mitglieder zurück, wie dies von gegnerischen Vereinen gethan wird. Der Redner darf nicht weiter sprechen, da wiederum die Redezeit zu Ende ist.

Springer-Reumünster: Ich bin kein Sozialdemokrat, aber wir müssen die Redner der Konsumvereine anhören. Wir müssen aber unparteiisch hier sprechen und das haben ja auch die Redner bisher gethan.

Ragenstein: Die Herren, die an der Spitze des Allgemeinen Verbandes stehen, gehören einer kleinen politischen Fraktion an. Wären diese Herren weniger politisch und mehr sozialpolitisch, so lände es um den Allgemeinen Verband besser. Weil die evolutionistische Bewegung meist von Sozialdemokraten erfolgreich betrieben wurde, so hat der Anwalt Grund zu klagen. Wir fassen die Entwicklung der Konsumvereine anders auf, als die alten Vereine dies gethan haben. Wer verbrängt denn den Mittelstand? Sind es nicht die Großbetriebe? Es kann nur die Frage gestellt sein: Gehört die Zukunft dem Großkapital oder den Genossenschaften? Wer das erkannt hat, kann diese moderne Richtung nicht bekämpfen, sondern fördern. Wir wollen diesen Weg weiter schreiben. Herr Dr. Erüger ist Gegner der Konsumvereine geworden, schließen Sie heute 100 Vereine aus, so werden Sie keine Ruhe schaffen. Die Gegenkräfte können Sie nicht beseitigen, sie werden immer wiederkehren.

Frau Steinbach (wird mit Lachen empfangen): Wenn Sie, meine Herren, mich mit Lachen empfangen, so ist das mir ein Beweis, daß Sie noch nicht mit dem, was uns beschäftigt, vollständig bewandert sind. Vom rein praktischen Standpunkte der Frauen habe ich mich nur mit Vertretern der Konsumvereine zu beschäftigen, mit den anderen Herren habe ich nichts zu thun. (Lachen bei den Kreditgenossenschaftlern.) Frau Steinbach muß sich selbst Ruhe schaffen und muß den Herren sagen, daß man am vielen Lachen den — Weifen erkennt. Nach dieser

wohlverdienten Ohrfeige wird wieder Ruhe.) In meiner Vaterstadt ist seit nicht ganz vier Jahren der Konsumverein auf über 12 000 Mitglieder gestiegen. Wird der Zwischenhandel ausgeschaltet, so wird ihm vielleicht in der genossenschaftlichen Bewegung eine sichere Zukunft geboten. Frau Steinbach muß abbrechen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird unterstützt und angenommen.

Der Vorsitzende wünscht, daß die vorliegenden Anträge behufs Aufnahme der Konsumvereine in den Verband zu einem vorläufigen werden und nur ein Redner für die vorliegenden fünf Anträge ernannt wird. Ragenstein ist gegen diesen Vorschlag. Herr Werner wünscht hierauf den Antrag IV auf Ausschluß von Genossenschaften sofort zu beraten. Herr Ragenstein ist gegen diesen Vorschlag, da statutengemäß dies unzulässig sei. Der Antrag Werner ist angenommen. Herr Erüger sagt, der engere Ausschluß sei ihm belagert, Arbeit im Allgemeinen Verband zu schaffen. Jeder muß wissen, um was es sich drehe. Wollen wir Genossenschaften im Verbands bidden, die den Mittelstand beseitigen wollen, diese Frage muß sich entscheiden. In Hannover begann dieser Kampf. Als der Verband die Einkaufsliste in den Allgemeinen Verband aufnehmen wollte, erklärten sich 2 bis 3 Redner gegen diese Aufnahme. Genossenschaften, die die Interessen des Verbandes nicht wahrnehmen, haben keinen Platz im Verbands. Die gegenwärtigen Angriffe gehen aus von der Hamburger Großhandels-Gesellschaft (H) und dem Hamburger Wochenbericht. Es müssen doch die austreten, denen es im Verbands nicht paßt. Die Vertreter der Großhandels-Gesellschaft dirigieren die Genossenschaft zum Verbandsstag. Man sehe sich die Präsenzliste an, es seien Vertreter da, die noch nie im Verbands gewesen wären. (Es ist der höchste Zeitpunkt gekommen, diesen Schritt vorzunehmen. Wir haben die Stellung nicht ausgegraben, die Operation muß erfolgen. Wir sind unverbessertlich in unseren Anschauungen. Ich will die Liste der Vereine verstehen, die ausgeschlossen werden sollen. (Der Anwalt liest so schnell, daß man nicht folgen kann.)

Ragenstein: Es handelt sich um verschiedene Formen im Verbands. Die ausschließlichen Vereine sind nur Konsumvereine. Sollen sämtliche Konsumvereine ausgeschlossen werden, so muß doch den Angehörigen das Wort der Verteidigung gegeben werden. Der Anwalt ist Jurist und will die Konsumvereine pervertieren, ohne sie gehört zu haben.

Herr Werner sagt: Die Konsumvereine wollen kneifen, er wisse, was er will. Die Sozialdemokratie schmeiße auch aus der Partei heraus, wen sie wolle.

Herr Erüger meint, man könne eine Vertagung beschließen, aber er wünsche sie nicht. Der Genossenschaftstag möge in diesem Sinne entscheiden.

Marxus ist das erste Mal auf dem Genossenschaftstage. Er meint, wie die Majorität hier verfähre, ist unzulässig.

Ein Vertreter des Konsumvereins Breslau führt aus, daß es nicht nötig sei, die ausschließlichen Konsumvereine zu hören. Im Interesse der Konsumvereine, die treu auf dem Boden von Schulz-Delblich stehen, ersucht er die Versammlung, eine Vertagung nicht vorzunehmen.

Der Vorsitzende will über Schluß der Debatte abstimmen lassen. Es herrscht große Unruhe; man protestiert gegen diese Geschichtsordnung. Ein Antrag, sämtliche Konsumvereine auszuschließen, ist eingegangen; er steht aber nicht zur Tagesordnung.

Lorenz: Es solle Klarheit geschafft werden, man solle aber suchen, wer hier im Rechte sei. Ein Redner habe gesagt; nicht will wir recht haben, sollen die Konsumvereine steigen, sondern weil wir die Macht haben. Gegen § 48 haben die Konsumvereine nicht verstoßen. Wir haben die Interessen des Verbandes jederzeit vertreten. Der Anwalt will den erblichen Streit nicht, er demütigt seine Macht. Sie verstehen die Konsumvereine der Arbeiter nicht, Sie verstehen die Arbeiter nicht, und wenn Sie die Arbeiter etwas verstanden haben, so wollen Sie es nicht mehr. Nein, Sie sagen, schmeißen Sie doch die Bande hinaus. Sie wollen die Konsumvereine los sein, von denen Sie sagen, es sind Sozialdemokraten. Sie werden Ruhe bekommen im Verbands, Sie werden die Konsumvereine los werden. Streichen Sie aber den Titel „Allgemeiner Verband“. Dieser Anwalt Erüger ist der letzte Anwalt des Allgemeinen Verbandes, er wird nachher der Anwalt der Kreditgenossenschaften sein. Herr Anwalt Erüger wird aber auch der Denker des Allgemeinen Verbandes sein. (Verhaftes Bravo.)

Verbandsdirektor Ragenstein sagt, man solle doch alle Konsumvereine ausschließen und er habe die Gemüthlichkeit, es werde die Zeit kommen, wo alle Konsumvereine aus dem Verbands herausfliegen würden. Die Konsumvereine, die jetzt nicht ausgeschlossen würden, seien im Verbands nur Dekoration, nur Staffage, um den Titel Allgemeiner Verband zu erhalten. Die ganze Sache sei eine Heberumpelung, denn schon im Frühjahr habe ihm ein Verbandsdirektor gesagt, daß alle sachlichen Vereine herausfliegen sollen. Ja bin nicht empört über das, was uns hier trifft; aber damit, daß ein Verbands mit 126 000 Mitgliedern stranguliert werden soll, dagegen protestiere ich. (Beifall.)

Es ist ein Schlußantrag eingegangen. Herbert-Stein: Wenn Sie diesen Antrag annehmen, begeben Sie eine nicht wieder gut zu machende Thorheit. Sie müssen uns zur Verteidigung das Wort lassen.

Der Antrag zeigt Stimmgleichheit. Wegen diese Abstimmung wird protestiert. Es wird nochmals abgestimmt und es ergibt sich eine Majorität für Schluß.

Herbert protestiert gegen den Ausschluß seines Vereins. Er habe in Hannover gegen die Aufnahme der Krämer gesprochen; wo habe denn der Anwalt heute seine Erfolge nach dieser Seite? Die Krämer beanken sich für den Anwalt und seine Rathschläge. Es erfolgen einige persönliche Bemerkungen.

Peus hat einen Antrag auf namentliche Abstimmung mit 81 Namen eingereicht.

Für Ausschluß stimmen 268 Vertreter mit ja und 84 Vertreter mit nein.

Soziale Rundschau.

Generalkonferenz.

Vom Generalkonferenz in Florenz. Der allgemeine Ausschuss ist glücklich beendet. Auch die Metallarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen mit Ausnahme von 200 früheren Arbeitern von Vignone, die infolge des Ausstandes entlassen worden sind. Die Straßenbahn-Gesellschaft hält ihre Werkstätten noch auf Bringen der Disziplin (!) geschlossen. Die Stadt bietet wieder ihren gewöhnlichen Anblick dar.

Die Delegierten des Niederrheinischen Weberverbandes beschloßen am Sonntag in Kaden die Verschmelzung mit dem Deutschen Textilarbeiterverband.

Strassenbahnstreik in Genf. Der Staatsrat hat den Streikenden und der Direktion einen Schiedspruch angeboten; beide Parteien haben acceptiert. Der Tramwaystreik ist beendet.

Litterarisches.

№. 36 der Jugend enthält unter anderem: Titelbild (München) von Jul. Diez. — Witternachten von Leon Karof. — Gimpelfang von A. Salzmann. — Das ist bitter von W. Böhmer. — Der Via und die Dirn von Max Feldbauer. — Das unsterbliche Schneiberlein von Richard Heiffer. — Ludwig der Einlike, Apokryphen von Georg Hirth. — Zur Nacht von Walter Georg mit Versen von Alberta Puffkauer. — Fahnenmelde von Max Drey. — Klavierstunde von Karl Gillingner. — Die aktuelle Beilage enthält unter anderem: Venau Mitos. — Triumbrat. — Vom Stammisch. — Der Düsseldorf Schützenverein Passch-Haus Hurra im Verbandsmarsch vor Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II. — Unwiderlegliche Vernehmung. — Ein Glaubensbekenntnis. — Apinisten-Gymne. — Mührende Zärtlichkeiten. — Besuch aus Norden von Paul Krich. — Sonstige Beiträge von Felix Adler, Hermann Frens, Paul Nies u. a. m.